

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenzeitung „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierzehnmal 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. ergl. Bestellgeb.

Chiefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werben die 5 gespaltene Petzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Morgen

Nach den Wahlen.

Von A. Forain.

Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1897.

III.

* Leipzig, 27. Juni.

Das Risiko der Arbeit.

Die Unfälle haben im Berichtsjahre teilweise sehr bedeutend zugenommen. Im Dresdner Bezirk kamen auf 100 Arbeiter 3,37 Unfälle, gegen 2,51 im Vorjahr. „Die Zahl der Unfälle ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen, wobei sich ergiebt, daß das Anwachsen der Unfälle relativ größer ist, als das des gesamten Arbeiterstandes. Diese Ershaltung dürfte auf das Bestreben, jeden auch noch so kleinen Unfall zu melden, sowie darauf zurückzuführen sein, daß gegenwärtig ein häufigerer Wechsel des Arbeitspersonals in den einzelnen Industriezweigen vorkommt als früher, und daß dadurch die Arbeitnehmer sehr oft in die Lage kommen, Leute einzustellen, die mit der Einrichtung und dem Betrieb der Apparate und Maschinen, bei denen sie beschäftigt werden, nicht genügend vertraut und eher als eingerichtete Leute der Gefahr einer Verlegung ausgesetzt sind.“ Warum aber die Arbeiter so oft ihr Arbeitsverhältnis wechseln, das wird von der Fabrikinspektion nicht untersucht.

Vielfach lehrt in den Berichten die Bemerkung wieder, daß Arbeiter Unfälle „selbst verschuldeten“, weil sie dem Verbote zuwider Arbeiten verrichteten, während die Maschinen oder das Zeug noch im Gange waren. Man weiß, daß für solche Zuwiderhandlungen nicht immer dem Arbeiter ein Vorwurf zu machen ist. Die Befolgung des Verbots, gewisse Arbeiten während des Gangs der Maschinen und des Zeuges vorzunehmen, wäre häufig nur durchführbar, wenn eine oder mehrere Maschinen, oft der ganze Betrieb für die Dauer der betreffenden Arbeit eingestellt würde, was an dem Arbeiter in der Regel schwer gehandelt wird. Oder aber der Arbeiter handelt dem Verbote zuwider, um eine ohnehin lange Arbeitszeit nicht noch länger auszudehnen.

Aus dem Inspektionsbezirk Annaberg wird berichtet: „Eine große Anzahl schwerer Unfälle, die sich an Holzbearbeitungsmaschinen ereigneten, sind auf das überhastete Arbeiten infolge der Accordarbeit an den Maschinen sowie auf die Verwendung ganz ungeeigneter Arbeiter zurück-

zuführen, die oft nicht die primitivsten Handgriffe kennen. ... Hierzu kommt, daß namentlich die Holzarbeiter in den Schneidemühlen eine ihrer Arbeit nicht angemessen zu lange Arbeitszeit haben; es tritt körperliche Ermüdung der Arbeiter ein und mit dieser eine außerordentlich große Sorglosigkeit gegen Gefahr.“ Das wird auch für viele Unfälle in anderen Industrien zutreffen.

Von den Inspektionsbeamten im Plauenschen Bezirk war wiederholt gegen die Beschäftigung junger oder ungeliebter Hilfskräfte an Maschinen Einspruch zu erheben, deren Bedienung wegen der damit verbundenen erheblichen Gefahr besondere Umsicht erfordert. In einer Holzsägerei war gelegentlich der Erörterung eines Unfalls, der einen 16-jährigen Arbeiter bei der Bedienung einer Kreissäge betroffen und die Steifheit zweier Finger der linken Hand des Verletzten nach sich gezogen hatte, die Beschäftigung junger Leute unter 18 Jahren an Kreissägen untersagt worden. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften hatte wenige Wochen nach dem ersten Unfall für den wieder an der Kreissäge beschäftigten Arbeiter den Verlust von vier Fingern der rechten Hand zur Folge, so daß die Erwerbsfähigkeit des Arbeiters dauernd beeinträchtigt bleibt.

In einer Brettschneiderei desselben Bezirks verunglückte der als Gehilfe beschäftigte erwachsene Sohn des Inhabers dadurch, daß er beim Aufstellen eines frisch gefüllten Selbstölers auf das Lager einer nur 95 Centimeter über dem Fußboden des Transmissionsraumes liegenden Welle von einem vorstehenden Ende an der losen Lederschlüsse gepackt und mehrerenmal um die Welle herumgeschleudert wurde, wodurch er einen schweren Bruch des rechten Armes und sonstige erhebliche Verletzungen erlitt. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn der Betriebsinhaber den einige Monate vorher bei einer Revision erteilten Anordnungen, die Verkleidung des vorstehenden Wellenrades und die bessere Absperrung des gangbaren Beuges überhaupt betreffend, rechtzeitig entsprochen hätte. In diesem Falle ist die Nichtbefolgung der Anordnungen der Inspektion an dem Betriebsinhaber schwer gerächt worden.

Der Aufsichtsbeamte für den Zittauer Bezirk hat im vorigen Jahre zum erstenmal die Unfälle nach den verschiedenen Wochentagen zusammengestellt und diese Zusammenstellung diesmal wiederholt. Wahrscheinlich angeregt durch die Zittauer Inspektion hat auch der Beamte für den Annaberger Bezirk dieses Beispiel befolgt. Es ist schon längst festgestellt, daß die Unfälle an den letzten Tagen der Woche stets häufiger sind als an den ersten und daß die Zunahme der Unfälle vom Montag bis zum Sonnabend sich fortgesetzt

erhöht. In den beiden Inspektionsbezirken wurden nun folgende Ziffern festgestellt:

| | Bittau. | Annaberg. |
|------------|---------|-----------|
| | 1896 | 1897 |
| Montag | 49 | 59 |
| Dienstag | 58 | 55 |
| Mittwoch | 62 | 46 |
| Donnerstag | 55 | 56 |
| Freitag | 57 | 59 |
| Sonnabend | 62 | 65 |
| | | 48 |

Der Annaberger Berichterstatter sagt zu seinem Ergebnis: „Wesentliche Schlüsse auf eine Häufung der Unfälle auf bestimmte Tage der Woche lassen sich aus den obigen Ziffern wohl kaum ziehen.“ Für so kleine Bezirke lassen sich bestimmte Schlüsse gewiß nicht ziehen. Wenn man aber die Unfälle im ganzen Lande nach Wochentagen ordnen wollte, so würde sich vielleicht doch ergeben, daß die Unfälle an den letzten Wochentagen häufiger sind als an den ersten, woraus dann zu folgern wäre, daß die Ermüdung der Arbeiter bis zum Schlusse immer mehr zunimmt und so die häufigeren Unfälle der letzten Tage verursacht werden. Schon eine Zusammenstellung der drei oben mitgeteilten Reihen ergibt für die sechs Wochentage folgende Ziffern: 150, 148, 146, 146, 171 und 175. Die Unfälle sind also an den beiden letzten Wochentagen bedeutend höher als an den vorhergehenden. Vielleicht folgen auch die übrigen Aufsichtsbeamten dem Beispiel der Annaberger und Zittauer Inspektion, so daß sich ein besserer Anhalt für die Häufung der Unfälle an den einzelnen Wochentagen gewinnen läßt. Zu einer anderen sozialpolitischen Untersuchung, nämlich inwiefern sich die Unfälle auf die einzelnen Arbeitsstunden verteilen und wieviel Unfälle zu setzen sind auf das Conto einer überlangen täglichen Arbeitszeit, wäre dann nur noch ein Schritt.

Über die Fählichkeit der Arbeit bei elektrischem Licht hat der Plauensche Beamte Untersuchungen ange stellt. Ein Arzt, der befragt wurde und der bedeutende Zuspruch aus Arbeiterkreisen hat, hatte die Wahrnehmung gemacht, daß die elektrische Glühlampenbelichtung allerdings einen ungünstigen Einfluß auf die Augen bei nicht gehöriger Ablenkung oder Abblendung der Glühlampen ausübe. Gleichzeitig hob er hervor, daß die Brillenbedürftigkeit unter den Stidern, Tambourierern und Wieblerinnen groß sei. Es stehe außer Zweifel, daß die Arbeit dieser Arbeiter bei nicht vollständig gesunden bzw. bei nicht ganz normalen Augen sehr anstrengend sei, und daß es für diese Arbeiter, namentlich wenn sie schon in jüngeren Jahren Astigmatiker und überflichtig sind, angezeigt erscheine, daß sie nicht über zwölf

Seuilleton.

Abgedruckt verboten.

Rheinlandstädter.

Roman von C. Viebig.

„Aber, aber“ — das Mädchen sah ihn groß an — „Sie wissen doch, Ihre Frau mag mich nicht mehr!“ Ein kleines Kloß schob über die weiße Stirn. — „So schwer es mir wird, ich möchte dann auch lieber nicht, daß Sie uns besuchen, wenn Ihre Frau es nicht leiden mag!“

„Unsinn, was“ — er lachte ein klein wenig forciert — „Kinderlein! Elisabeth ist jetzt ganz anders, ich glaube, am liebsten wäre sie selbst mit herausgekommen. Sie hat mich mit den Kindern bis hierher begleitet und“ — er zögerte, sollte er sagen: sie steht unten?

„Warum ist sie denn nicht mit herausgekommen?“

„Ah, Nelda, Sie kennen ja Elisabeth, het aller Herzens. gäte ist sie doch ein bißchen — nun wie soll ich sagen?“ — er suchte verlegen nach einem Ausdruck, sie sah, wie eine langsame Röte ihm ins Gesicht stieg. Solchen Zug hatte er immer gehabt, wenn Frau Elisabeth etwas sagte, was ihm nicht pahte. Er that ihr leid.

„Das schadet nichts,“ kam sie ihm zu Hilfe — „ich komme zu Ihnen!“

„O Sie“ — er machte eine Bewegung, als wolle er ihre Hand an die Lippen führen, aber dann schüttelte er sie ihr wie einem guten Kameraden — „Sie sind nicht kleinlich! Mein Gott, wie konnte ich's eigentlich aushalten, leich, nein, sieben lange Jahre, ohne von Ihnen“ —

Er kam nicht dazu auszusprechen, draußen hatte es leise an der Klingel geröhrt — nun noch einmal — sie horchten beide, eine Kinderstimme wurde laut. Seht stecke Herr Schmolke sein rotes Gesicht zur Thür herein — nun ein devoter Kratzfuß: — „Herr Major, ergebenster Diener, entschuldigen Sie, der Herr Sohn fragen nach dem Herrn Papa — ein charmantes Jungchen!“

„Papa, Du sollst runterkommen,“ tonte Fräuleins Stimme im Hintergrund — „die Mama is ungeduldig!“

Zylinder wurde glühend rot, was sollte Nelda denken?

„Ich komme gleich, geh' voran, Fritz!“ Hastig ergriff er Neldas Hand — „Und, Fräulein Dahlmer, nicht wahr, Sie kommen zu uns, bald?“ Er hätte gern hinzuge sagt: Elisabeth wird ihnen schreiben, statt dessen sagte er: „Ich würde mich so sehr freuen!“

Sie nickte flüchtig.

Mit sehnüchigen Augen sah sie zu dem Jungen herüber, der auf der Schwelle stand, die Beine gespreizt, die Hände in den Hosentaschen, die blaue Matrosenbluse über der gewölbten Brust offen, die Mütze tecf auf dem blonden Kopf. Er sah der Mutter ähnlich, Zug um Zug, aber er hatte des Vaters treue Augen.

„Und das ist Fritz!“ Nelda eilte auf den Knaben zu und legte ihm den Arm um die Schultern — „Du kannst mich nicht kennen, lieber Junge, aber ich lenne Dich sehr gut, ich habe Dich auf dem Arm gehalten, als Du noch ein ganz kleines Wiedelkind warst!“

Der Junge wurde rot, es kam ihm höchst despektierlich vor, einmal ein Wickelkind gewesen zu sein; dann aber riss er die Mütze vom Kopf und sah Nelda offen an, mit einem klaren fragenden Blick, wie: „Wer bist Du denn eigentlich?“

„Grüß' Deine Mutter von Tante Nelda, hörst Du?“

„Tante Nelda, ja!“

Sie blickte sich hastig und lächelte ihn auf die Stirn. — „Du lieber Kel! — O wie glücklich Sie sind!“ wandte sie sich zu Zylinder; es kam ihr aus tiefstem Herzen.

„Und Sie kommen zu uns, Nelda, Sie kommen?“

„Ich komme. Ich muß Ihre Kinder sehen, ich komme gern!“ —

„Komm jetzt, Papa,“ sagte Fritz und fasste des Vaters Hand — „Du, man muß Frauenzimmer nicht warten lassen, Du weißt doch! Fall' nicht, hier sind Stufen! Ich darf doch auf der Straße auch mit Dir gehen, Papa, ja?“ — wir beide! Ich geh' am liebsten immer mit Dir.“

* * *

Im Berliner Zimmer war eitel Wehlage, Frau Nähk schwamm in Thränen. Sie hatte sich eben zu sehr über Nelda geärgert. Sagte doch das undankbare Kind aus Anlaß des Briefes, der vom Onkel gekommen war — man hatte dem von Neldas Krankheit geschrieben, er wünschte dringend seine Nichte zur Erholung da zu haben, wollte umgehend das Reisegeld schicken u. s. w. — sagte doch das undankbare Kind: „Mama, da reise ich gleich, ich freu' mich unzählig, bei Onkel Konrad zu sein, ich sehne mich nach Papas Grab!“ Wie unzart, immer vom Grab zu sprechen! „Du wirst mich nicht zu sehr vermissen, Mama,“ hatte sie auch gesagt. Wie bockig sie war, jetzt gerade reisen zu wollen, wo man sie so nötig brauchte!

Frau Nähk weinte ihr Taschentuch naß, dazwischen horchte sie auf die Stimme im Borderzimmer. Wie fatal, daß sie nicht hereingehen konnte zu Zylinder, aber nein, mit den roten Augen, nein! Und angezogen war sie auch nicht. Über den Arger mit Nelda mußte einem ja alles vergehen — Gott, wie sollte das noch werden?

Die Existenzberechtigung verlieren sollen, die Pflicht, einem System entgegenzutreten, bei dem der Monarch seinen eigenen Kanzler machen zu können glaubt, nunmehr eine mauschlebbare geworden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Unzufriedenheit mit dem schwankenden Kurs, mit den zahllosen Improvisationen, die wir zu hören und zu sehen bekommen haben, das Wahlergebnis stark beeinflußt hat. Diese Unzufriedenheit kommt hauptsächlich zum Vorschein bei den Bürgern der Wahlsäume. Sie hat damit gewiß eine höchst bedauerliche und tödliche Form der Betrugung gefunden, aber es muß nun dafür gesorgt werden, daß das Missbehagen an den allgemeinen Regierungsverhältnissen künftighin keinen Anlaß mehr findet, sich in der Abwendung von Parteien, die zu einer loyalen Kritik berufen sind, sie aber vermissen lassen, zum Ausdruck zu bringen. Die Unzufriedenheit ist vorhanden, und man hat sich sehr geäuscht, wenn man glaubt, daß ihr der ungeheure Freuden- und Bewunderungsgeist, den über das blühende Klautschou ein großer Teil der Presse unermüdlich fortgeschreiten für angemessen hält, merlich Abbruch thun werde. Die Leute, die ernstlich mit Herz und Kopf für Ausbreitung und Sicherung des überseitischen Einflusses Deutschlands eingenommen sind, haben ein viel zu gutes Gedächtnis und ein zu gutes Augenmerk, um über den östasiatischen Hafen Banbar und Witu zu vergessen. Und sie sind vor allen Dingen nicht beruhigt darüber, daß so lange die verantwortlichen Ratgeber denselben Überraschungen wie das große Publikum ausgesetzt sind, die jetzige Politik des Zusammenhalts und Mehrs als über Nacht wieder einer Politik des Vertrauens von Wertgegenständen gegen Glasperlen Platz machen könnte. Und dabei ist die Frage einer rationellen Wahrnehmung der auswärtigen Interessen des Reiches nur eine der vielen, die besorgte Patrioten abhält, einen Wahlzettel abzugeben, der als ein Vertrauensvotum nach oben betrachtet werden könnte.

Die Sozialdemokratie, die jetzt auch in dem Lande ohne Verfassung, in der klassischen Heimat des Junkerthums, in Mecklenburg, festen Fuß gesetzt und in Rostock den Kandidaten der Liberalen, Herrn Barth, den so geistreichen wie unsicheren Politiker, aus dem Felde geschlagen hat, hat in diesem Wahlkampfe von 1898 reiche Erfahrungen gesammelt, die für die kommende Wahlrechte trüchte tragen werden. Stärker als bisher wird die Fraktion in den Reichstag einzehen, wenn nicht als zweitgrößte, so doch als drittgrößte parlamentarische Fraktion.

Wieder wird unsere Partei die höchste Stimmenziffer unter allen Parteien aufweisen können.

Fortschritt, Ausdehnung der Partei, Erweiterung der Kampfgebiete! Zugleich aber auch läßt sich die bedeutsame Mahnung zur folgerichtigen, thalträgigen, geschickten Propaganda vernehmen, die sich nie vom Siegesbewußtsein in falsche Sicherheit wiegen lassen darf, sondern stets und allerorten auf der Hut ist.

Das ist des Krieges so die Art.

Die Hebe gegen das allgemeine Wahlrecht steht wieder los, noch ehe die Stichwahlen sämtlich vollzogen sind. Die Königliche Leipziger Zeitung macht ihrem Große über das Vordringen der Sozialdemokratie wie folgt Luft:

Der Gesinnungslosigkeit eines guten Teiles der bürgerlichen Wähler verbant die Umsturzpartei diesen neuen Erfolg. Gegen solche Erbarmlichkeit der Gesinnung ist auch mit einem Sozialstengel nichts auszurichten. Hier kann nur die Erfüllung des Wunsches helfen, daß es so weiter gehen möge. Dann werden auch die bürgerlichen Militären der Umsturzpartei am eigenen Beibe verspüren, wohin wir mit diesem Wahlgesetz treiben. Wir sind die einzigen gewesen, die sich auch in diesem Wahlkampfe noch zu der Überzeugung von der Verderbtheit dieses Gesetzes bekannt und der Angst vor der Unpopulärität dieses Standpunktes keine Konzeßion gemacht haben. (Aa, mal) Nicht lange und man wird uns in diesem Punkte vermutlich auch in weiteren Kreisen Recht geben. Das ist der eine Erfolg, den wir von diesen Wahlen erwarten.

Während der Wohlbewegung war es mit dem Mute der Überzeugung auch bei der Leipziger Zeitung nichts. Wiederholte hat sie die Absicht, das Wahlrecht zu ändern, wenigstens bei anderen in Abrede gestellt. Ihr wird wohl auch der Ruhm genügen, als eine der ersten nach den Wahlen das bestätigt zu haben, was von der Sozialdemokratie während der Wohlbewegung fortdauernd in den Vordergrund gestellt wurde: daß das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht erdroßelt werden soll.

Deutsches Reich.

Aus Podbielski Reich.

Die Haltung und Abstimmung der unteren Reichs- und Staatsbediensteten bei den verlorenen Wahlen scheint den heutigen Machthabern doch endlich die Gewissheit zu bereiten, daß Bismarck nicht so ganz unrecht hatte, als er diese Schichten als zur Sozialdemokratie hinzuwendend bezeichnete. Während aber Bismarck den wahren Grund hierfür in der proletarischen Lage der unteren Staatsbediensteten und der Gleichartigkeit ihrer Interessen mit denen des arbeitenden Volkes erkannte und offen zugab, glauben diejenigen Staatsbeamten, oder ver suchen wenigstens, die Distanzlosigkeit glauben zu machen, daß die Neigung zur Sozialdemokratie erst durch Agitation und Aufhebung von außen in die Kreise der unteren Beamten hineingetragen werde.

Diesen Geist atmet ein Erlass des Staatssekretärs des Reichs-Postamts vom 25. Juni, publiziert in Nr. 37 des Post-Amtsblatts vom 26. Juni. Der Erlass lautet:

Wiederholte ist neuerdings der Versuch gemacht worden, Angehörige der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu gewinnen; auch sind mehrere Fälle zu meiner Kenntnis gelangt, in denen außerhalb der Verwaltung stehende Agitatoren in Versammlungen von Beamten das Wort geführt haben, um Unzufriedenheit zu erregen, die Maßnahmen der Behörden in gehässiger Weise zu kritisieren und Anträge unter den verschiedenen Beamtenkategorien zu läden.

Wenngleich ich überzeugt bin, daß der Geist der Pflichttreue in der Beamenschaft auch für die Zukunft ein Bollwerk gegen das Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen bilden wird, so halte ich es doch für meine Pflicht, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß — wie ich bereits im Reichstag erklärt habe — jede Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen mit den durch den Dienstleib gehobenen Amtspflichten unvereinbar ist, und daß deshalb Beamte, die derartigen Anschaulungen Ausdruck geben, nicht im Dienst gebüdet werden können.

Unstrathhaft ist es ferner, daß gewerbsmäßigen Agitatoren in Beamtenversammlungen Gelegenheit geboten wird, durch aufreizende, die Organe der Reichsregierung und insbesondere die vorgesetzten Dienstbehörden herabsehende Reden, die Einmündigkeit vertraulichen Zusammenarbeitens und die Arbeitsfreudigkeit in der Be-

amtschaft zu untergraben. Wer sich durch solche Agitation beeinflussen läßt, kann nicht erwarten, daß ihm das Vertrauen geschenkt wird, das für die Verwendung in verantwortlicher Stellung unerlässlich ist.

Es ist die Pflicht der einsichtsvoller Elemente in den einzelnen Beamtenklassen, allen die Dienstpflicht losenden und die Interessen des Standes schädigenden Einflüssen energisch entgegenzuwirken und in ihren Kreisen mit allem Ernst dafür einzutreten, daß der Beamenschaft das gegenwärtige Vertrauen und die Berufsfreudigkeit erhalten bleibt, die zur Lösung der großen und wichtigen Aufgaben der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung unabdinglich sind.

Ob Herr v. Podbielski Veranlassung hat, so schweres Geschütz gegen diejenigen seiner Untergebenen aufzufahren, die sich erlauben, eine andere Ansicht zu haben, als „oben“ gerade Mode ist, wissen wir nicht. Aber nachzuhören können wir ihm den Schmerz, daß der „wiederholt neuerdings gemachte Versuch“, die unteren Beamten für die Sozialdemokratie zu gewinnen, so spät zu seinen Ohren gekommen ist, daß der Erlass erst zwei Tage nach den Stichwahlen bekannt gegeben werden konnte.

Abgesehen davon ist Herr v. Podbielski aber sehr im Irrtum, wenn er meint, daß die „Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen“ mit dem Dienstleib unvereinbar sei. Der Dienstleib verbietet sie nicht. Und was die darin verlangte Treue gegen den Landesherrn anlangt, so ist diese als Treue gegen die Gesamtheit aufzufassen, in deren Namen und Auftrag der Landesherr die zur Bewilligung der gemeinsamen Angelegenheiten nötigen Kräfte ansetzt. Der Landesherr ist selbst der erste Diener des Staates, der Gesamtheit der Bürger, und das untere Personal, auf das der Erlass gemitzt ist, dient nicht dem Landesherrn direkt, sondern in dem Landesherrn nur der Allgemeinheit. Den dynastischen Sonderinteressen der Fürsten mußte der Beamte sich wohl unter dem Absolutismus dienstbar machen, wo der Fürst hochmächtig von sich sagen konnte: Der Staat bin ich. Heute sollte selbst Herr v. Podbielski wissen, daß diese Zeiten vorüber sind und daß der Beamte nicht mehr willensloses Werkzeug des jeweiligen Herrschenden ist.

Aber Herr v. Podbielski geht noch weiter: Er droht sogar allen, die „sozialdemokratischen Anschaulungen“ „Ausdruck geben“. Dienstentlassung an, also auch denen, die von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen und sozialdemokratisch wählen. Damit hat Herr v. Podbielski sich weit von dem entfernt, was in neuerer Zeit irgend ein anderer Staatsmann sich herausgenommen hat. Gegen diese völlig ungegesetzliche Verhinderung des freien Wahlrechts, des einzigen Rechts, das der Beamte heute noch ungeniert ausüben kann, muß entschieden Protest eingelegt werden. Stimmtich der Regierung und der herrschenden Parteien ist das untere Staatspersonal denn doch nicht.

Was Herr v. Podbielski aber nicht durch die Hungerpeitsche erreicht, das sucht er durch das Brotkörner zu erlangen. Die „Verwendung in verantwortlicher Stellung“ sucht er denen vorzuzeigen, die sich durch „solche Agitation“ nicht beeinflussen lassen. „Solche Agitation“, die die „Arbeitsfreudigkeit in der Beamenschaft untergräßt“: daß ist die Bloßlegung der Schäden und Mißstände in der Verwaltung, der standeshaften Praxis in der Verteilung der Unterstützungs- und Gratifikationsmittel, der Stellenzuweisungen, wie sie unter seinem Vorgänger beliebt wurde, das ist die Auflösung des unteren Personals über die ihm zugefügliche Zurückführung und Benachteiligung beim Erholungsurlaub, über die Belastung mit Arbeit und Mühsall. Und wenn Herr v. Podbielski noch zehn solcher Erlasse herausgibt, wenn er immer wieder den Vorlesern aus Herz legt, „persönlich“ die Untergebenen zu „beeinflussen“, und ihnen sowie den „Neu-Eintretenden“ den volksfeindlichen Geist seines Erlasses einzupausen — wir werden nicht aufhören, das untere Beamtenamt über seine wahren Interessen und über diejenigen aufzuhören, die es zu der niedrigen Rolle als Werkzeug der Herrschenden herabdrücken wollen. Und wir werden sehen, wer den längsten Atem hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungssache.

In Hohenstein-Ernstthal wurde während der Wohlbewegung eine Versammlung aufgelöst, in der Genosse Auer referierte. Auf eingelegte Beschwerde wurde dem Beschwerdeführer von der Amtshauptmannschaft Zwickau der Bescheid, daß die Beschwerde für unbegründet zu erachten sei, „da der mit der Überwachung der Versammlung betraute Beamte der Amtshauptmannschaft die Versammlung aufgelöst hat, weil er in dem Schlusse der Rede des Referenten Auer ein Vergehen gegen den § 95 des Reichsstrafgesetzbuches erwiderte und die Amtshauptmannschaft sich dieser Ansicht angeschlossen und der Staatsanwaltschaft zur weiteren Einschließung Mitteilung gemacht hat.“ § 95 des Strafgesetzbuches handelt von der Majestätsbeleidigung.

Wer den in der Kunst der Rede so erfahrenen und seines Wortes zu jedem Augenblick sicherem Auer kennt, wird sich des Entschlusses über die Aussöhnung der Polizei nicht erweichen können.

Chinesisches.

Die Franzosen in Kiangtchauwan.

Die Times meldet aus Hongkong vom 24. Juni: Die Franzosen stoßen in Kiangtchauwan auf großen Widerstand der Eingeborenen. Ein chinesischer Lotse, der französische Kriegsschiffe in den Hafen geleitet hatte, wurde ermordet und seine Familie schwer mishandelt. Die Eingeborenen weigern sich, der französischen Garnison Lebensmittel zu verkaufen. Die chinesischen Beamten machen alle Anstrengungen, die Eingeborenen im Baum zu halten und den Feindseligkeiten vorzubürgeln. Einem Versuch, Unruhen im Distrikt Macao in Kiangtchauwan zu stiften, ist man auf die Spur gekommen.

Das Annexieren ist unter Umständen ein müßiges Ding.

Bon Russland.

Gemäß der dritten Klausel des russisch-chinesischen Vertrages, betreffend die Verpachtung von Port Arthur und Tschilowwan, hat Russland sich mit China geeinigt, daß dieses eine Auleihe zu möglichst billigen Bedingungen zur Verlängerung der Peking-Hankau-Eisenbahn erhält.

Als der russische Geschäftsträger Pavloff von dem Abkommen Chinas mit der Hongkong- und Shanghai-Bank hörte, erhob er Einspruch. Das Chung-li-Yamen (Auswärtige Amt) erklärte ihm jedoch, daß durch die Bestimmungen des Pachtvertrages Russland sich des Einspruchsrechts begeben habe. Das Chung-li-Yamen wies den chinesischen Gesandten in Petersburg an, die russische Regierung davon zu unterrichten, daß es (Chung-li-Yamen) beschlossen habe, bei der Hongkong- und Shanghai-Bank gemäß den Bestimmungen des Pachtvertrages eine Auleihe zu machen.

Das Chung-li-Yamen erteilt die Ermächtigung zum Bau

einer 15 Meilen langen Eisenbahn nach den Nördlichen Haldern im Westen von Peking und bewilligt hierzu 2 500 000 Taels.

Pavloff drängt die hohen chinesischen Beamten, russische Ingenieure anstatt des Personals des britischen Ober-Ingenieurs Kindon bei der Fertigstellung des Abschlusses der projektierten Bahn zu verwenden.

Der belgische Gesandte bestand heute auf der Forderung, in dem Kontrakt, betreffend die Peking-Hankau-Eisenbahn, sollte die Bestimmung aufgenommen werden, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen Regierung und dem Syndicat der französische Gesandte Schiedsrichter sein sollte. Die chinesische Regierung lehnte diese Forderung ab.

* Berlin, 27. Juni. Der Bund der Landwirte will wegen der Thomasmehlgeschichte Sorgen. Nach der Nationalzeitung schwebt gegen den Bund wegen seiner Manipulationen ein gerichtliches Untersuchungsverfahren. Jetzt verkündet die Deutsche Tagesszeitung, daß die leitenden Männer des Bundes, wenn die Wahlen zu Ende geführt sind und wieder Ruhe eingetreten ist, prüfen werden, ob es sich nicht empfiehlt, einzelne der unverschämtesten Verleumder durch gerichtliche Klage zu Gemüte zu führen, daß man auch im Wahlkampfe die Ehre anderer nicht angreifen darf. Große Worte, diktirt von schlotternder Angst!

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird heute, am 27. d. M., nach siebenmonatlicher Pause wieder zusammengetreten, um die Erhebungen über die Lage der im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beschäftigten Personen fortzusetzen, ferner Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrt- und Flößereibetrieb einzuleiten und die Erhebungen über die Arbeitszeit der in Getreidemühlen beschäftigten Personen zum Abschluß zu bringen. Die vor sechs Jahren eingeleitete Erhebung über die unverschämtesten Verleumder durch gerichtliche Klage zu Gemüte zu führen, daß man auch im Wahlkampfe die Ehre anderer nicht angreifen darf.

In Wassermühlen mit einer Hilfsperson eine zusammenhängende Arbeitszeit von täglich acht Stunden für den Gesellen, in Wasser- und Dampfmühlen mit wenigstens zwei Hilfspersonen eine Höchstdauer der täglichen Arbeitszeit von 14 Stunden. Junge Leute unter 16 Jahren sollen in Wind- und Wassermühlen täglich nur zwölf Stunden und nicht des Nachts beschäftigt werden. Am dreißig Tagen im Jahre, die der Meister wählen kann, sollen Ausnahmen zulässig sein, doch muß dem Gesellen dann täglich eine zusammenhängende Ruhezeit von acht Stunden gewährt werden.

Die Kommission wird nun zu entscheiden haben, ob analog der Bäckererverordnung eine Müllererverordnung erlassen werden soll. Daß die Festlegung eines Maximalarbeitsstages für die Müllerburschen nötig ist, wird man nicht bestreiten können, wohl aber kann man zu der Ansicht gelangen, daß die Vorschläge Dr. Wörishoffers alzu zähm sind. Die Untersuchung über die Verhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat bereits im Sommer 1893 begonnen, bis zu bestimmten Vorschlägen ist sie aber noch nicht gediehen. Die Erhebungen über die Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt sind zwar seit langer Zeit beschlossen, haben aber noch nicht begonnen. Lebrigens liegt auch ein Bericht über die Badengehilfen-Enquete mit ganz bestimmten Vorschlägen seit vollen zwei Jahren vor, ohne daß der Bundesrat bisher eine Entscheidung getroffen hätte. Wann wird da endlich etwas geschehen?

In Berlin hat sich angeblich ein Komitee gebildet, das absichtigt, nächsten Sommer in Berlin eine große internationale Kolonialausstellung zu veranstalten.

Die Sitzung der internationalen Zuckerkonferenz vom 25. Juni wird wahrscheinlich die letzte sein; die „Verhandlungen“ werden zwischen den verschiedenen Regierungen direkt fortgesetzt werden.

Das heißt, der ganze Konferenzzauber ging aus wie das Hornberger Schießen.

Ein Redakteur des freisinnigen Boten aus dem Riesengebirge ist wegen Beleidigung des Landrats von Lösch in Wollenhain verurteilt worden, weil er dem Landrat den Vorwurf gemacht habe, er habe nach Mußlamer aus Putzlamern gehandelt.

In diesem Vorwurf wurde eine schwere Beleidigung gesunden; denn, so heißt es in der Urteilsbegründung, es sei bekannt, daß der Landrat von Putzlammer sich gräßlich vergangen und weit die Vorschriften der Regierungsreglements überschritten habe. In der Behauptung, Herr von Lösch habe sich Herren von Putzlammer zum Vorbild genommen, siegte der Vorwurf, er habe so wie dieser gehandelt. Für den Landrat von Putzlammer ist diese Urteilsbegründung recht schmeichelhaft. Sein Name steht nun mehr im gerichtlichen Wörterbuch, und ein Vergleich mit seiner Thätigkeit ist strafbar.

Kleine politische Nachrichten. Der Breslauer Magistrat hatte drei Jahre hindurch die Steuerveranlagungsgefäße besorgt. Er klage alsdann gegen den Steuervorsteher auf Entschädigung. Das Oberlandesgericht verurteilte den Fiskus zur Zahlung einer hohen Entschädigungssumme. — Die Direktoren dreier polnischer Banken wurden am Sonnabend in Posen zu je 15 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie ihren Geschäftsbereich der Regierung nur in polnischer Sprache eingereicht hatten. Das Schöffengericht hatte auf Freispruch erkannt. — Der Kongress der slawischen Techniker, der demnächst in Prag tagen sollte, wurde polizeilich untersagt. — In Frankreich ist unter dem 29. April 1898 im Journal Officiel ein Gesetz veröffentlicht worden, durch das die Ertüllung des zur Ausübung des Apothekerberges erforderlichen Diploms neu reguliert wird. Das Gesetz enthält gleichzeitig Bestimmungen über die Zulassung von Fremden als Apotheker, die sich als solche in Zukunft nur nach Besiehen der staatlichen französischen Prüfungen in Frankreich niederlassen dürfen und zwar dann auch nur, wenn seitens des Landes, dem der Fremde angehört, die Gegenseitigkeit verbürgt ist. — Der französische Oberstleutnant a. D. Picquart, des Lumpen Hieronymus Gegner, legte vor dem Staatsrat Berufung ein gegen die Verhafung des Präzidenten der Republik vom 28. Februar 1898, die ihm wegen Disziplinarvergehens ausser Dienst stellte. — Ein Dekret des französischen Kriegsministeriums erklärt Reinach seines Grades als Hauptmann der Landwehr für verlustig. — Der Petersburger Regierungsbote veröffentlicht einen Befehl des Generaladmirals Großfürsten Alexej, demzufolge das Mariniekriegsgericht festgestellt habe, daß an dem Untergange des Panzerschiffes Gangut in geheimer Weise die ungenügende Ausführung der technischen Bauarbeiten des Schiffes die Schuld trage. Da jedoch nicht genügender Grund vorliege, die bei dem Bau des Schiffes beschäftigt gewesenen Personen zur Verantwortung zu ziehen, empfiehlt der Generaladmiral den Flotten- und Hafenkommandanten, den Schiffbauaufsichtsbeamten und den Technikern bei dem Bau von Schiffen eine verschärfte Beaufsichtigung der Arbeiten. — Der neueste Auftrag der Flotte, der türkischen Regierung, an deutsche Waffenfabriken beläuft sich auf 35 Millionen Mark.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Sozialdem. Verein L.-Ostbezirk.

Donnerstag den 30. Juni abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant zur Silbergäppel, Volkmarssdorf

Kirchstrasse.

Tagesordnung: 1. Was lernen und die Reichstagswahlen? Referent: Genosse Karl Schulze. 2. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 3. Fragen-Diskussion. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein L.-Westbezirk.

Mittwoch den 29. Juni abends 1/2 Uhr [6188]

Zur Erinnerung an Jakob Audorf

Oeffentl. Versammlung

im Felsenkeller.

Referent: Manfred Wittich.

Modell- und Fabrikfischler!

Dienstag den 28. Juni abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale der Drei Mohren, C.-Anger.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Stellungnahme zu demselben. 3. Gewerkschaftliches. [6184]

Kein Modell- und Fabrikfischler darf in dieser wichtigen Versammlung fehlen.

Das Agitationskomitee.

Dienstag den 28. Juni abends 8 Uhr

Oeffentliche

Maurer - Versammlung

im Saale des Pantheon, Dresdener Str.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Schriftsteller Manfred Wittich. 2. Der Bauarbeiterkongress und die Behörden. 3. Innere Veru.-angelegenheiten. Der Einberufer.

Klempner u. Rohrleger.

Dienstag den 28. Juni abends 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung im Coburger Hof.

Tagesordnung: 1. Der Arbeiter und seine Organisation. Referent: Genosse Konrad Hänisch. 2. Sommervergnügen. 3. Gewerkschaftliches.

Krankenunterstützungs- und Begrüßungskasse

der Tischlergehilfen von Leipzig u. Umg.

Sonnabend den 28. Juli abends 1/2 Uhr General-Versammlung im Saale des Restaurants zum Bürgergarten, Brüderstraße 11. Anträge sind schriftlich bis 4. Juli bei August Schleivoigt, Berliner Straße 10, I., einzureichen. [6195]

Der Gesamtvorstand.

Konsumverein L.-Connewitz u. Umg.

(Einget. Gen. m. beschr. Haftpf.)

Die Abgabe der Dividenden-Marken erfolgt [6188] von Mr. 1-500 Sonnabend den 2. Juli

" " 501-1000 Montag den 4. Juli

" " 1001-1500 Dienstag den 5. Juli

" " 1501-2000 Mittwoch den 6. Juli

" " 2001 bis Ende Donnerstag den 7. Juli

in unserem Comptoir, Lange Straße 85, in der Zeit von früß 8-12 Uhr und 2-7 Uhr.

Es werden nur Marken von 1 M. an aufwärts mit dem Jahresstempel 97/98 angenommen. Kleinere Marken sind bis zum 30. Junkt in unseren Geschäften umgetauschen.

Der Vorstand. K. Bod. B. Beher.

Anfang 8 Uhr.

Ibsen-Theater.

Direktion: Dr. Karl Heine.

Theatersaal des Krystallpalastes

Morgen Dienstag den 28. Juni

Ein Hochzeitsabend.

Lustspiel in 1 Akt von Peter Nansen.

Episode.

Eine Scene von Arthur Schnitzler.

Die sittliche Forderung.

Romödie in 1 Akt von Otto Erich Hartleben.

Regie: Dr. Karl Heine.

Preise der Plätze: I. Balkett 2.50 M., II. Balkett 1.50 M., Mittelballon 1 M., Seitenballon 75 Pf., Saal 30 Pf. — Vorverkauf von 10 Uhr ab im Krystall-Palast. [6200]

Mittwoch den 29. Juni:

Der Erdgeist. Lebensbild in 4 Akten von Frank Wedekind.

Gut vernickelt

werden Fahrradteile und andere Gegenstände bei [6884] Funck & Zanke, Mittelstr. 7.

Weiss-, Schwarz- und Kommissbrotverkauf, saure Gurken, Sodas 1.50 M. Marthalle, Galerie, Stand Nr. 1. Bitte auf Standnummer zu achten. Händlern.

Verantwortlicher Rebiteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Beilage zu Nr. 145 der Leipziger Volkszeitung, Montag den 27. Juni 1898

Gortsezung aus dem Hauptblatt.)

Posen, 27. Juni. In der Anklagesache gegen den Redakteur des Ordenswirkers, Siemianowski, wegen Verächtlingsmischung von Staatsbeamten wurde heute der Angeklagte von der hiesigen Strafkammer freigesprochen mit der Begründung, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gescheit habe.

Tilsit, 26. Juni. Die freisinnige Tilsiter Allg. Blg. ist wegen „schwerer Beamtenbeleidigung“ konfisziert worden. Das Blatt hatte ein vertrauliches Circular von Postbeamten, in dem diese ihre Kollegen auffordern, für den konservativen Kandidaten Grafen Poutales zu stimmen, veröffentlicht. An die Meldung dieses Circulars hatte die Redaktion einige Bemerkungen geknüpft, in denen die „schwere Beamtenbeleidigung“ erblieb wurde, die zur Beschlagnahme geführt hat.

Als Kuriosum stellt die Tilsiter Allg. Blg. den Umstand dar, daß ihre Konfiszierung durch Extrablätter der beiden konservativen Tilsiter Zeitungen bereits um 7 Uhr verbreitet wurde, während erst eine halbe Stunde später die Beschlagnahme tatsächlich erfolgte.

Österreich-Ungarn.

Vom Regierungsbüdäum. — Eine offiziöse Fälschung. — Galizisches. — Die Miesiewiczer.

Wien, 25. Juni. Mit großem Gewürze wird jetzt Franz Josephs fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert.

Feste, Trunksprüche, Hurraslimmung, Weihrauch, Thränen der offiziellen Freunde, das ganze Leipziger Altertum der Begeisterung von Amts wegen, und dabei der Nationalitätenhaber, das in Baden Spuren wandelnde Thunische Regiment ohne Reichsrat, die Gewaltherhöhung des Rostandsparagraphe 14!

Heute „huldigte“ die österreichische Waldmannschaft, 4000 Mann stark, dem Kaiser und überreichte einen „Ehrenbrief“. Franz Joseph sagte u. a. in seiner Dankrede:

„Wohl habe ich Ursache, vor dem Allmächtigen, dessen Ratschluß mir vor 50 Jahren meine Völker anvertraute, dankbarfüllt das Kreis zu beugen, wenn ich sehe, wie in allen Kreisen, Klassen und Ständen Österreichs treue Herzen bemüht sind, mich mit Beweisen ihrer Liebe und Anhänglichkeit zu ehren. Zu diesen mich tief bewegenden Kundgebungen hat sich nun auch die Waldmannschaft aus allen österreichischen Jagdgegenden zusammengefunden. Wie reine Berg- und Waldbesuch mußt mich das Erscheinen von Tausenden von Jägern an, die von nah und fern herbeigekommen sind, um mich durch eine so seltene Huldigung hier zu überraschen. Wenn Ihnen nach Ihrer Rückkehr in die heimatlichen Reviere die Erfüllung ihrer schönen, aber harten Pflichten unter schweren Opfer auferlegt, mögen Sie des Tages nicht vergessen, an dem Sie Ihr oberster Jagdherr herzlich willkommen gehelten und seiner Einladung und dankbaren Anerkennung versichert hat.“

Des „Staates reiche Hoffnung“ hat der Kaiser heute die Kinder des Volkes genannt; in ihren frischen Gefüßen und Einbrüchen erkennt der Monarch das Unterfang für eine geistige Zukunft des Vaterlandes. Nichts kann richtiger sein als diese Bemerkung des Kaisers. Jawohl, es ist das Volk, das dem Volke Macht und Inhalt gibt, und ein Staat, der nicht der Ausdruck der Volkskraft ist, der ist auf Sand gebaut und dem Tode geweiht. Wenn die Einrichtungen des Staates in Gegensatz zu den Bedürfnissen des Volkes treten, wenn der Staat selbst nicht mehr die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte des Volkes ist, sondern gleichsam das persönliche Besitzum eines kleinen Kreises bevorrechter Menschen: so muß der Staat verschaffen, denn er ist nur möglich, wenn er der Idee der Entwicklung des Volkes die Form gibt. Das ist in das furchtbare Versäumnis Österreichs: daß hier Staatspolitik niemals Volkspolitik war, sondern allezeit gegen das Volk sich lehrte. Und das „Volk“ ist bloß eine Dekoration für dynastische Feste.“

Die bürgerlichen Blätter sind außer sich vor Entzücken über den heutigen Huldigungsfestzug der 70000 Wiener Schulkinder vor dem Kaiser.

Unter diesen 70000 sind mindestens 50 Proz. Proletariuskinder, die allerärmeren, jene, deren Eltern das Festkleid nicht aufzubringen vermochten, sind freilich gar nicht mitgezogen. Was erzählen die Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik, die Statistik der Wohnungsknot, die Berichte der Schulleitungen und Lehrer und endlich die Polizeiberichte über Leben und Schicksale der Behutsame der Wiener Schulkinder, die dem Proletariat und dem ärmeren Proletariat angehören! Die furchtbaren Wohnungsverhältnisse in den Proletarierbezirken Wiens sind erwiesen: machen die Ursache, daß im Jahre Tausende von Kindern hinsiechen und sterben, ein beispiellosem Kindermord am Altar der Hinswucherer. Behutsame von den Wiener Schulkindern, das ist aus den Berichten der Lehrer und Schulleitungen bekannt, gehen hungrig zur Schule und können den Unterricht nicht folgen, weil der Hunger sie peinigt. Um schlimmsten ist diese schreckliche Ercheinung der hungrigen Schulkinder in den Wintermonaten, in den Monaten der größten Arbeitslosigkeit. Hungern, durch ihre elende Kleidung vor der Kälte nicht geschützt, irre in Winter Tausende Wiener Schulkinder in der Mittagspause in den Gassen umher, wenn sie nicht die traurige Zuflucht der Wärmestuben finden. Die Gemeinde thut für diese Kinder so viel wie gar nichts. Sie hat sich, so schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, heuer nicht einmal bereit gefunden, den Beitrag für die Ausweitung der Kinder zu erhöhen. Die Hilfsrufe der Lehrer, die eine öffentliche Sammlung anregten, liegen die Stadtviertel fast, Sparvolumetrischen geboten, die Kinder hungern und frieren zu lassen.

Den Anlaß zu der glorreichen Preßcampagne des Wiener Auswärtigen Amtes gegen Montenegro gab bekanntlich eine Meldung des Peiser Slovaks. Am 4. d. M. brachte dieses berufsmäßige Lügenblatt eine Notiz, worin eine angebliche Neuzeitung des montenegrinischen Amtsblattes wiedergegeben war: daß nämlich die Heile des Fürsten Nikola nach England von „bestem Erfolge“ gekrönt war, daß ihm Lord Salisbury „für seine Pläne die Unterstützung Englands zugesichert habe“, fuz, jene Meldung, gegen die dann von Wien aus die Dementierdepeche der Neuen Freien Presse aus „London“ mobilisiert wurden.

Die Wiener Zeit teilt nun mit, daß dieses Enttreiset des Peiser Slovaks eine pure Erfindung ist, die niemals in dem montenegrinischen Blatte gestanden hat.

Eine böse Blamage für Goluchowski!

Die Neue Freie Presse meldet aus Lemberg vom 25. Juni: In den letzten vierundzwanzig Stunden wurden in 15 Ortschaften Überfälle auf Juden unternommen. Die Plünderungen waren teilweise mit Brandstiftungen verbunden. Dem morgigen Kirchtag in Neusandez wird mit großer Sorge entgegengesehen.

Der Gazeta Rosso folge herrscht in Neusandez Ruhe.

24 Bauern und 19 Juden sind verhaftet. In einigen Fällen betragen sich Juden herausfordernd. Militär ist im Bezirk verteilt. Auch Strzhev und Gribow sind ruhig. In einigen anderen Orten dauern die Ausschreitungen fort.

In Krakau wurde am 26. Juni das Denkmal des großen polnischen Dichters Adam Mickiewicz enthüllt. Viele Tausende von Personen, darunter Abordnungen von Prag und Schlesien, sowie zahlreiche Abgeordnete wohnten der Feierlichkeit bei. Es wurden mehrere Reden gehalten, darunter vom Landmarschall Grafen Boden und dem Stadtpresidenten Tarnowski, worin Mickiewicz als Dichter und Patriot gepriesen wurde.

Mickiewicz (sprich: mißhewitsch), (geb. 24. Dezember 1798, gest. 26. November 1855), der polnische Freiheitskämpfer und Poet wird jetzt von der polnischen Szlachta und der österreichischen Regierung geehrt. 1848 versuchte er in Italien polnische Legionen gegen Österreich zu bilden, 1855 versuchte er im Auftrage Napoleons dasselbe während des Krimkrieges und unterlag dabei den Russen.

Heute feiert ein Baden den polnischen Patrioten.

Frankreich.

Wahlprüfungschaudel. — Die Alte Reimach.

Paris, 25. Juni. Die französischen Kammer, Senat und Deputiertenkammer, haben sich nie durch eine unparteiische, rechtlich-gelehrte Wahlprüfung ausgezeichnet. Die neue Kammer durfte aber in diesem Punkte den Rekord der cynischen Parteiwallen geschlagen haben. Die Mehrheit fragt nicht nach der Beweiskraft der Wahlproteste, sondern einzig und allein nach der Parteistellung der gewählten und unterlegenen Kandidaten. Mag sein, daß ein paar angefochtene Wahlen, in denen sich zwei bürgerliche Kandidaten gegenüberstehen, schändlicherweise werden kann. Handelt es sich aber um eine von sozialistischer Seite angefochtene Wahl eines Ordnungsparteiers, so helfen keine Beweise — es sei denn, daß die verübten Wahlmanöver, wie das in der „Wahl“ des Regierungskandidaten Bacher gegen den Sozialisten Léonard-Montigny der Fall ist, sich als handgreifliche Kriminalverbrechen nachweisen lassen.

Die Debatte über die Wahl des Textilfabrikanten Motte-Rubatz hat nicht nur die Ordnungsparteier, sondern auch die „gemäßigt“ Radikalen, die französischen „Freisinnigen“, mit Schande bedeckt. Der sozialistische Redner Millerand hat an der Hand unbefriedbarer und unbestritten gebliebener Thatsachen den „Sieg“ des Fabrikanten über den Genossen Jules Guesde als die Folge der seit Jahren betriebenen Einschüchterung der Lohnarbeiter (Mafaregeln), zwangsläufige Eingliederung in die unternehmerische politische Organisation, die „soziale und patriotische Union“, und dann der frechsten Verleumdung der Wahlfreiheit, indem die Arbeiter gruppenweise unter der strengen Aufsicht der Agenten Motte zur Urne gestellt wurden. Der Berichterstatter der Wahlprüfungscommission und der seine Wahlselfer vertheidigende Motte gingen mit keinem einzigen Worte der Widerlegung auf die Beschuldigungen ein. Sie begnügten sich beide mit den üblichen sozialistisch-österreichischen und hurrapatriotischen Ausfällen. Trotzdem aber oder vielmehr gerade deswegen jubelte die Kammer dem Fabrikanten von Motte-Rubatz zu und billigte seine Wahl mit einer Mehrheit von 316 gegen 169 sozialistische und linksradikale Stimmen. Der minder verächtliche Teil der gemäßigten Radikalen ablehnte Entlastung, während der andere Teil mit den Geldsackrepublikanern und Clerical-Monarchisten die thotsässche Vernichtung des Wohlrechts der Arbeiter guthieß. . . Die Ordnungspresse jubelt nun über eine „Niederlage“ des Kollektivismus und meint, die neue Kammer besiegt, trost des Sturzes von Molines, eine gewaltige Ordnungssicherheit. Letzteres ist allerdings insofern wahr, als die rechtsliegenden Radikalen seit Beginn der Ministerkrise auf dem besten Wege sind, zu Helferschaltern der Ordnungsparteier heranzutreten, um ja nur ihre „Regierungsfähigkeit“ zu erweisen.

Die kriegsgerichtliche Verfolgung des fehlernen Abgeordneten Joseph Reinach wegen des Ihnen Lefern bekannten Zeitungsartikels hat sich als ein fataler Schwabentrich der Generals Villot, des bisherigen Kriegsministers, herausgestellt. Der Zeitungsaartikel war ein bloßer Vorwand. Villot gab dem Drängen der chauvinistisch-antisemitischen Presse nach, welche seit Monaten namentlich auch gegen Reinach, den Landwehrhauptmann, den strafenden Donner der Militärjustiz forderte. Die Verfolgung Reinachs wurde bezeichnenderweise gerade am Vorabend der Interpellation beschlossen, welche dem Kabinett Molines ein Ende machen sollte. Es war die Fortsetzung der Liebeswerbung Molines um die chauvinistisch-antisemitischen Stimmen. Aber die gescheiterte Handlung hat nicht nur dem Ordnungsministerium nichts geholfen, sie hat auch einen neuen stärkeren Schlag für den Generalstab herbeigeführt. Reinachs Artikel rührte sich bekanntlich auf die Ausschreibungen des englischen Gelehrten Conybeare, eines Mitglieds der Oxford-Universität, in der National Review, wonach die deutsche Regierung die juristischen Dokumente für die Schuld Esterhazy's in Händen habe und dieselben in einem passenden Moment veröffentlichte, um den französischen Generalstab bloßzustellen. Conybeare hat nun soeben in einem Brief an Reinach zu Händen des Kriegsgerichts seine früheren Erklärungen, auf Grund der ihm gewordenen authentischen Mitteilungen, dahin präzisiert: „Ich weiß demnach sicher, daß Oberst v. Schwarzkoppen nicht leugnen wird, daß er dem Major Esterhazy, seinem ständigen Benachrichtiger, ein Monatsgehalt von zweitausend Franken zahlte. Ich bestätige Ihnen, daß dem französischen Generalstab die Veröffentlichung der von Esterhazy dem Obersten Schwarzkoppen verkauften Dokumente droht, Dokumente, die sämtlich von Esterhazy's Hand geschrieben sind.“

Das ist deutlich, noch deutlicher als die neulichen undementiert gebliebenen Enthüllungen des Grafen Casella. Die Generalstabsprese thut, was sie kann: sie verschweigt die Enthüllungen und bellt mit doppelter Kraft gegen die „Verräte“, die „Verräte“ usw. Sie fest ihre Hoffnungen auf den Kriegsminister in sps, Cavaignac, den Mann mit den gefälschten „Geständnissen“ des Dreyfus. Wenn das Ministerium Peyrat zu stande kommt, dann ist Cavaignac Kriegsminister, und zwar von Gnaden der Generalstabspresse. Der civile und quasi-roditale Politiker ist so, trotz des Corpsgeistes der militärischen Oligarchie, zum Ritter der „Arme-Ehre“ geworden.

Die ewige Ministerkrise. — Jaurès zum Dreyfussfall.

Paris, 25. Juni. Peyrat verzichtete auf die Bildung des Kabinetts wegen der Schwierigkeiten, die ihm die „progressistische“ Partei (die Gruppen Molines) in den Weg legte. Heute kommt Briesson an die Reihe. Feliz I. spielt mit dem Parlament Schindluberchen.

Dem Vernehmen nach haben die gestern und heute von Briesson geführten Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts geführt, welches sich folgendem zusammensehen dürfte. Briesson Justiz, Bourgeois Amtsherr, Garros Marine, Cavaignac (der zweite Boulanger) Krieg, Voivod Marine, Beyrignac Finanzen, Delcassé Kolonien, Dujardin-Beaumes Untericht, Maréchal Handel, Monestier öffentliche Arbeiten, Niger Ackerbau und Trouillet Unterstaatssekretär für Posten und Telegraphen.

Der frühere sozialistische Deputierte Jaurès hat in einer Versammlung in Toulouse erklärt, Dupuy habe im Beugenzimmer während des Prozesses Bolo erzählt, daß angebliche Geständnisse des Dreyfus enthaltende Protokoll des Hauptmanns Lebrun-Renault sei erst im Oktober 1897 unterzeichnet worden. Im Januar 1895, am Tage nach der Degradierung des Dreyfus, habe Lebrun-Renault ihm, Dupuy, und dem Kriegsminister Mercier erklärt, daß Dreyfus keinerlei Geständnisse abgelegt habe. Dupuy hat einem Redakteur des Temps gegenüber diese Behauptung Jaurès' als unrichtig bezeichnet, er habe lediglich gesagt, daß Lebrun-Renault im Oktober 1897, als er vom Kriegsminister Villot aufgesfordert wurde, seine Erinnerungen zu fixieren, das Protokoll unterzeichnete, das den ersten Bericht bestätigte.

Schweiz.

Die Eröffnung des Bundesmuseums.

Zürich, 25. Juni. In Anwesenheit des gesamten Bundesrates und des diplomatischen Corps, der Bundesversammlung, vieler Behörden und Vereine wurde heute das von der Stadt Zürich zum Zwecke der Unterbringung der Altersksammlungen der Eidgenossenschaft erbaute schweizerische Landesmuseum feierlich eröffnet.

Beim Festmahl in der neuen Tonhalle brachte der französische Gesandte Graf Montholon, der Doyen (Vorsteher) des diplomatischen Corps, einen Trinkspruch auf die Schweiz aus. Nachmittags war ein großer Festzug mit kostüm, in dem jeder Kanton durch eine Gruppe vertreten war. Der Volkszudrang war gewaltig.

In dies Landesmuseum gehören auch die schönen Alte des Bundesrates (Ausweisung der Redaktion des Zürcher Sozialdemokraten, Auslieferung der Italiener an die Rudinische Heerbande).

Italien.

Vertagung. — Das Ministerium des Säbels.

Rom, 25. Juni. Die Deputiertenkammer stimmte den Verordnungen zu, die bis zum 30. Juni die Getreidezölle aufzuheben und diese Zölle vom 1. Juli ab auf 5 lire und vom 16. Juli ab auf 7,50 lire festzusetzen. Die Kammer vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit und beauftragte den Präidenten mit ihrer Wiedereinberufung.

General Belluzzo übernahm die Bildung des Kabinetts und erklärte dem König am 27. Juni das neue Kabinett vorstellen zu wollen. Der Säbel, der thotsässig in Italien herrscht, kommt so zum Regiment.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Abdankung der Königin-Regentin von Spanien oder richtiger der Rücktritt von der Regentschaft wird offiziell bestritten, wie dies nicht anders zu erwarten stand. Nichtsdestotrotz wird noch der Verlust Volkszgl. angegeben, daß sich nach den englischen Kriegsnachrichten die Zustände in Spanien zu einer Krise zuspielen und die Stellung der Königin-Regentin äußerst gefährdet erscheint. „Sie will jedoch ihren Posten nicht verlassen, bis er völlig unhalbar geworden ist. Ihre Juwelen und anderen Werte sind schon vor längerer Zeit nach Wien geschafft.“

Und das letztere ist doch die Hauptache!

Das Gefecht von Juragua.

New York, 25. Juni. Der Korrespondent der Post sendet eine Depesche aus Playa del Este vom 24. Juni, in der er bezüglich des Gefechts von Juragua auf Cuba sagt: Sofort, nachdem eine Anzahl der „Rough riders“ von feindlichen Geschosse getroffen waren, stießen sie heftige Verwundungen aus, während ihr Oberst ihnen zurief: „Flucht nicht, sondern kämpft!“ Die Spanier feuerten aus gedekter Stellung fortgesetz Salven ab. Die Amerikaner wichen 100 Yards weit zurück, sammelten sich aber wieder auf erneutende Bursts ihrer Offiziere. Die im Hafen liegenden Hilfskreuzer versuchten auf die Spanier zu feuern; ihre Geschüre waren jedoch nicht weittragend genug. Die Panzerschiffe Iowa, Oregon und New-Orleans waren die Küste hinabgefahren und bewachten die über den Juragua-Fluß führende Eisenbahnbrücke, eifrig bedacht, die Spanier an der Besetzung derselben zu verhindern.

Das Bedürfnis nach Pferden bei den Operationen zu Lande macht sich gebietserdig geltend. Es sind nicht genug Pferde vorhanden zur Beladung der Artillerie, geschweige denn zur Fortschaffung der Trainkolonnen. Gegenwärtig sind Beladungen auf dem Wege gegen Santiago hin.

Nach einer Drahtmeldung aus Juragua sind in dem Kampfe 17 Amerikaner gefallen, 36 verwundet und 9 verschwunden. Im Gewirre des Gefechts sollen die Amerikaner auf ihre eigenen Leute geschossen haben.

Nach Berichten aus Key-West behaupten die Kubaner, bei Vinales seien 2000 mit Flinten bewaffnete gelandet, die die Streitmacht des Aufständischenführers Gomez verstärken sollen.

Eine Depesche Shasters.

Washington, 25. Juni. Eine hier eingegangene Depesche des Generals Shaster besagt: Die Spanier hätten bei Sevilla eine stark versteckte Stellung auf dem Gipfel hoher Hügel inne. Das Gewehrfeuer dauerte eine Stunde. Der Feind wurde aus seiner Stellung vertrieben; die amerikanischen Truppen nehmen dieselbe jetzt ein. Sie liegt 1½ Meilen von dem Orte Sevilla. Die Spanier haben sich gegen Santiago hin zurückgezogen. — General Miles äußerte heute, man müsse auf die Kubaner rechnen und man müsse ferner den spanischen General Pando verhindern, die in Holguin angekommene 10 000 Mann nach Santiago zu führen. Garcia hat den besonderen Auftrag, dafür zu sorgen, daß keine Verbindung zwischen Holguin und Santiago möglich ist.

Dringende Maßregeln.

Madrid, 26. Juni. (Meldung der spanisch-offiziösen Agentur Fabra.) Die Regierung hat dringende Maßnahmen ergriffen infolge der Nachricht, daß amerikanische Schiffe nach Spanien kommen würden; die Geschütze in gewissen Häfen sind gesetzt, Torpedos gelegt und neue Batterien errichtet.

Das spanische Geschwader in Port-Saïd.
Port-Saïd, 26. Juni. Das spanische Geschwader ist in Sicht gekommen. Port-Saïd liegt an der Mündung des Suez-Kanals ins Mittelmeer.

Ergebnisse der Reichstags-Stichwahlen.

Sozialdemokraten.

Bittern. 10944 Soz., 10412 Mdlb. Fischer, Soz., gewählt.
Fürth. 18054 Soz., 9184 Mdlb. Glänzender Eiseglehn, Soz.

Apolba. Baudert, Soz., gewählt.

Rostock. Denojo Meissianwahl Dr. Herzfeld gewählt, gegen den leitenden Kopf der Freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth. Kaiserslautern. Clement, Soz., gewählt.

Freisinnige Volkspartei.

Querfurt. Ritter.

Ehenach. Gasselmann.

Freisinnige Vereinigung.

Gernkau-Görlitz. Ernst.

Landsberg a. W. Schröder.

Parchim. Dr. Pachnicke.

Schläde-Mummelsburg-Bütow. Steinbauer.

Silbdeutsche Volkspartei.

Ansbach. Edard.

Nationalliberale.

Landau. Deinhard.

Germersheim. Gauber.

Zweibrücken. Leinecker.

Bayreuth. Fischer (gegen Soz.)

Thorn-Görlitz. Graumann.

Aurich. Dr. Kruse.

Erbach. Haas.

Schwerin-Wismar. Bilsing.

Jena. Bassermann.

Centrum.

Diepholz-Büttelburg. Gabensky.

Höchstädt-Homburg. Müller 10468 (gegen Brühne, Soz. 9449).

Förchheim. Beyer.

Kronach. Brücker (gegen Scherm, Soz.).

Reichspartei.

Deutsch-Krone. Kamp.

Danzig-Land. Dörsen.

Sangerhausen. Scherer (gegen Simon, Soz.).

Konservative.

Ohlau-Strehlen. Rothe-Sägen.

Westprignitz. Stubbendorf.

Lobau (Königsberg). v. Massow

Stolp-Lauenburg. Will.

Görlitz. Treuenfels.

Kuppin. Dietrich.

Bauch-Betzig. Kropatsched.

Wib.

Siegen-Wittgenstein. Städter, der Prediger a. D., der Verfasser des Scheller-Briefes, der Freund Hammersteins.

Memel. Smalatzs (liberaler Litauer), bisher 6558 St., Graf

Waldersee (Konf.) 5251. Der schneidige, kriegsbürtige General

ist also durchgefallen. Ein geschlagener Heerführer!

Antisemiten.

Lauterbach. Bindewald.

Bund der Landwirte.

Einbeck. Harrlehausen.

Welse.

Münster. v. d. Decken.

Hildesheim. Fehr. v. Hohenberg 18552 (gegen Rauch, Soz. 6006).

Melle. v. Arnsvaldt.

Lüchow. Graf Bernstorff.

Osnabrück. Schele (nicht Centr.).

Pole.

Posen. Moty (Poln. Hospartel).

Teilergebnisse.

Hof. Stücklen (Soz.) 8028, Münch-Ferber 8168. Resultat ungewiss.

Schweinfurt. Holzapfel (Centr.) 6871, Friedrich (Wauernb.) 6780. Wahrscheinlich Holzapfel knapp gewählt.

Berichtigungen. In Löbau siegte nach einer vorläufigen amtlichen Zusammenstellung Förstel (Konf.) mit 23 Stimmen Mehrheit über Postelt (Soz.), der 2654 Stimmen erhielt. Danach hätten wir in Sachsen nicht 12, sondern 11 Mandate erobert.

Der in Straßburg gewählte Missionslandtagsabgeordnete Niff hat sich nicht, wie gemeldet wurde, der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen, sondern wird vorläufig wild bleiben und sich erst später entscheiden, welcher Partei er sich anschließen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 27. Juni.

Im Jösen-Theater herrscht jetzt die heitere Muße. Am Freitag wurde Frank Wedekind's Burleske: Der Erbgelst in teilweise neuer Bearbeitung gegeben, am Sonnabend folgten drei kleine Lustspiele. Der Erbgelst wird jetzt auf dem Theaterjetzt "Lebensbild" genannt, aber mit dem harmlosen Titel hat das Stück keinen harmloseren Inhalt bekommen, und die Vorstellung trägt sogar jetzt mehr als früher den Varietécharakter, der dem Stück angemessen ist. Herr Wedekind erscheint vor Beginn der Vorstellung im Kostüm eines Circusstaatsmeisters und fordert in einem echt Wedekindischen Prolog die Zuschauer auf, seine Menagerie zu besichtigen. Als prächtigstes wildes Tier seiner Menagerie zeigt er ihnen für kurze Zeit die Vulu-Nelly-Mignon, die im Erbgelst ihr Wesen treibt. Schön im Prolog deutet also der Verfasser mit geeigneter Deutlichkeit die Stellung an, die er zu den Gestalten seiner Phantasie einnimmt. Der Varietécharakter wird weiterhin dadurch schwächer hervorgehoben, daß in den Zwischenakten eine nicht ganz einwandfreie Musik verzaubert wird, wie man sie bei Varietévorstellungen gewöhnt ist. Leider ist die Darstellung des Stücks im übrigen nicht immer zu seinem Vorteil geändert. Der Ton der Darstellung scheint im ganzen weit weniger fest als früher. An Stelle des Herrn Wedekind spielt jetzt Herr Waldemar die männliche Hauptrolle, den Dr. Schön, im einzelnen seines als sein Vorgänger, manchmal aber auch weniger wirkungsvoll. Von der Brutalität, mit der Wedekind den Dr. Schön den brauen Mäser Schwarz über sein Verhältnis zur Vulu aufklärte, ist bei Herrn Waldemar nicht viel zu spüren, und ebenso spielt Wedekind den Schlussakt weit leidenschaftlicher. Dafür gewinnt in der Darstellung des Herrn Waldemar der dritte Akt, in dem Schön jener Braut den Abschiedsbrief schreibt, durch feinere Nuancierung. Ein entschiedener Gewinn für die Vorstellung war der Brust-Escene des Herrn Max Henze, der dem Künstlereisenden die Maske des Königs Géopold gegeben hatte und einen starken Heiterkeitsfolg erzielte. Den Dr. Gall spielte diesmal Herr Kalfschmidt, den Schwarz Herr Lebiedowsky, den Schigolch Herr n. Reichardt, die sich mit ihren Rollen absanden, ohne besondere Eigenart aufzuweisen.

Am Sonnabend wurden drei kleine Einakter gespielt, in denen allen Frau Niechers und Herr Waldemar die Hauptrollen inne hatten. Die drei Stücke schienen mit Bedacht in her Reihe-

Zur Reichstagswahlbewegung.

Die Nationalliberalen

eroberten in der Stichwahl von den Konservativen den 1. hannoverschen Wahlkreis (Weener) mit Franzius und den 10. schlesischen (Döbeln) mit Dr. Lehr. Von den Freikonservativen Goslar (mit Horn) und Harzburg (mit Dreyden). Ferner gewannen die Nationalliberalen den Kreiswahlkreis Bochum mit Franzen, den sozialdemokratischen Dortmund (mit Hilbeck), den bisherigen Kreis der Frei. Vereinigung Olfmarschen mit Kahlle. In Schwarzbach-Rudolstadt (bisher Kreis. Vereinigung) siegte in der Stichwahl der Nationalliberalen Wähler gegen den Sozialdemokraten, von den Wahlen gewannen sie mit Graumann Thorn-Kulm, von den Konservativen mit Haas Wendelin-Erbach.

Wiedergewählt wurden in Weimar Kerkner, in Kassel Endemann mit 13183 gegen 12370 sozialdemokratische Stimmen, in Preußisch-Pommern v. Gunz, in Friedberg Graf Oriola, in Aschersleben Rimpau, in Hameln Höhne, in Minden Quentin. In Bremens Wahlkreis (18. hannoverscher) wurde Sattler gewählt, in Sondershausen (bisher Pieschel) Börner, in Wanzleben (bisher Venda) der Nationalliberalen Heiligenstadt, in Hannovers Wahlkreis Mülheim a. N. Möller. Ferner wurden an Stelle früherer Nationalliberaler andere Nationalliberalen gewählt in Donaueschingen, in Breisach, in Heidelberg, in Saarbrücken, in Hamm.

Verloren haben die Nationalliberalen in der Stichwahl Osnabrück (bisher Wamhoff) und Gifhorn-Beine an die Welsen, Flensburg an die Antisemiten (Maab), Meiningen und Oldenburg I an die Freisinnige Volkspartei; endlich an die Sozialdemokraten: Holzminden, Aschersleben, Weißenfels, Bernburg, Darmstadt, Mainz, Ludwigshafen, Worms.

Die Nationalsozialen in der Klemme.

Im Briefkasten des nationalsozialen Blattes: Die Hilfe veröffentlicht Pfarrer Naumann folgende Bitte:

Gern würde ich nun auch von wohlhabenden Freunden in nächster Zeit mehrere Tausend Mark zur Schuldenbedeckung in Empfang nehmen. Ich ist längst keine Zeit das lechte Mal eine stärkere Unterstützung nötig. Bitte, sendet bald und reichlich. Wenn wir mit behalten sollen, dann dürfen wir auch nicht von Geldsorgen niedergebrückt werden. Im übrigen wird schon noch alles gut gehen.

Der Rater des Centrums.

Die Kölnische Volkszeitung rechnet der Centrumspartei vor, daß ihre Eintritte für den nationalsozialen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten bei der Dortmunder Stichwahl ein schwerer parteipolitischer Fehler gewesen sei. Die Dortmunder Parteileitung hatte mit den Nationalliberalen eine komplizierte Abmachung getroffen, wonach die Centrumspartei den Nationalliberalen positive Unterstützung gegen die Sozialdemokratie gewähren sollte. Die Abmachung ist so kompliziert, daß sie von Centrumsseits anders wiedergegeben wird als von nationalsozialerseits.

Der Erfolg der komplizierten Abmachung war zunächst, daß in Dortmund der Sozialdemokrat Bilt genau bei der Stichwahl durchfiel. Andere Erfolge des Abkommens waren aber für das Centrum nach der Kölnischen Volkszeitung von wenig angenehmer Art. Es verlor Bochum, der gefürchtet gewesen wäre, wenn sich die Sozialdemokraten der Abstimmung zu Gunsten des Centrumskandidaten erhalten hätten, und nach dem Centrumsblatt hat der Dortmunder Beschlüsse auch in anderen Kreisen die Haltung der Sozialdemokraten beeinflusst. Das schwägernde Blatt jammert weiter, daß „ohne alle Fuge“ der Centrums-Partei durch die Dortmunder Vorgänge die Wahlagitierung auch für die künftigen Wahlen“ in den industriellen rheinisch-westfälischen Wahlkreisen „aus äußerste erschwert“ sei. Die Einsicht kommt etwas spät, und es ist bezeichnend, daß sie erst kommt, nachdem die Dummheit den Parteinteressen des Centrums geschadet hat.

Aus Elsaß-Lothringen.

G. Im Wahlkreise Colmar-Münster, wo die Wogen des Stichwahlkampfes besonders hoch gingen, sicherten die Anhänger des gubernierenden Kandidaten Ruhland ihrem Gegner, dem Nationalsozialistischen Reichswall Preiß, bei der eingeborenen Wählerschaft besonders dadurch zu schaden, daß sie die protestantische Gesinnung des Herrn Preiß in Zweifel zogen. Zu diesem Zwecke verbreiterten sie einen Colmarer Brief, den der Pariser Siedle vor einigen Tagen veröffentlichte und in dem es u. a. heißt:

Als es sich um die Expedition des Prinzen Heinrich von Oranien nach Alsbeyn handelte, wurde ein deutsches Syndikat beauftragt, sich mit dem Prinzen in Verbindung zu setzen, um ihm verschiedene Waren billig zu verkaufen (vielleicht Alkohol), die dem

König Menelik geliefert werden sollten. Herr Preiß hat nicht versucht, sich zum Börschenhändler für diese deutschen Geschäftsleute zu machen und hat, er, der sogenannte protestantische Abgeordnete, einen Kaufmann zum Prinzen Heinrich von Orleans begleitet, um ihn dazu zu veranlassen, diese ausländische Ware zu kaufen. (Die Geschäfte sind nicht zu Stande gekommen. Der Fehler liegt sicherlich nicht an Herrn Preiß.) Jetzt werden Sie verstehen, warum selbst die Protestanten Mühe haben werden, für Herrn Jacques Preiß zu stimmen — den angeblichen Demokraten, Clerikalen, Beschützer der Rechte der Familienväter und der deutschen Syndikate — und es vorschreiben werden, für einen anderen Einheimischen einzutreten.

In der Uerikalen Oberelsässischen Landeszeitung finden wir folgenden interessanten Beitrag zur Geschichte einer gubernierenden Reichstagskandidatur:

Über die Entstehung der Kandidatur Ruhland (Wahlkreis Colmar-Münster) wird nun bekannt, daß, nachdem alles Drängen und drückende Ansprüche von Straßburg aus nichts gebracht hatten, Staatssekretär v. Puttkamer in selbstgegebener Person unterschrieb in Münster erschien, um Herrn Ruhland die Aufstellung seiner Kandidatur abzupressen. Es gelang. Die Regierungsblätter behaupten, Ruhland sei zu der Stunde schon entschlossen gewesen, seine Kandidatur aufzustellen. Thatsache ist, daß erst nach dem Besuch die Wahlvorbereitungen in die Wege geführt wurden. Auf seinen Wahlgängen wurde Herr Ruhland vom Polizeikommissar von Münster begleitet — vielleicht zu seinem persönlichen Schutz.

Nach alledem, was in der Heimat des Herrn v. Puttkamer Neugung ist und was man bei uns in Elsaß-Lothringen in puncto bürgerlicher Wahlmaße schon erlebt hat, liegt für uns keine Verdunklung vor, an der Wahrheit der Mitteilungen des genannten Blattes zu zweifeln.

Soziale Rundschau.

Hamburg, 25. Juni. Die Kartellkommission der Hamburger Gewerkschaften verhängte den Boykott über die Bäckereien, die die Forderungen der Gesellen nicht bewilligen, sowie über deren Broträger. Das Kartell gibt Kontrollarten den streikfeindlichen Broträgern und beschloß ferner, falls bis Mittwoch nicht dreiviertel aller Bäckereien die Forderungen bewilligt hätten, selbstständig eine bezirkswise Brotaufzehrung durch die Streitleitung einzurichten. Bisher haben sich 121 Bäckereien gefügt, dagegen anzumerken, die Bäckereimeister, vorläufig keine Hilfskräfte zu brauchen, weil bereits genügend vorhanden seien. Die Meister vertreten die Ansicht, der Streit werde baldigst resultlos verlaufen.

Der Stuttgarter Zimmererstreit ist mit dem 27. Juni beendet. Nach achtwöchentlichem Ausstand ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Trotzdem die Bauunternehmer bei einer früheren Verhandlung mit den Arbeitern unter dem Vorsitz des Gewerbegeiger-Vorsitzenden die Einigung durch die Ablehnung aller Forderungen verhinderten, haben sie sich neuerdings doch wieder zu Verhandlungen herbeigefangen. Wieder unter Leitung des Vorsitzenden des Gewerbegeigers wurde am 24. Juni verhandelt. Ein Teil ihrer Forderungen wurde den Arbeitern jetzt zugestanden und dadurch der Streit beendet. Genehmigt wurde, daß der Stundenlohn spätestens am Schlusse der ersten Arbeitswoche dem Arbeiter mitgeteilt werden muß. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses ist der Lohn innerhalb 24 Stunden aufzuzählen. Die Lieferbarkeit wird besonders geregetzt und höchst begahlt. Im übrigen müssen die früheren Vereinbarungen aufrecht erhalten werden. Den Maurern wurde die Herstellung hebbarer Bauteile zugestanden. Von den Arbeitern wurde noch die Bezahlung aller schwarzen Bissen ausbedungen.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 29. Juni abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkt statt. Zur Verhandlung kommen u. a.: Die Revision des Regulativs über die Schalts der Gemeindebeamten der Stadt Leipzig; Einlegung eines zweiten Gleises in den Grimmaischen Steinweg; Asphaltierung des letzteren und Neubau eines Teiles der Haupthalle dafelbst; Gewährung eines Beitrages zur Errichtung und zur Ausstattung des Melanchthonhauses in Dresden; Verkauf eines zwischen der Eutritzschen Straße und der Gasanstalt I liegenden Areals an die Leipziger Elektricitätswerke.

Aus den Ratssitzungen. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten wurde die Summe von 18000 Mark für den Anschluß der zweiten südl. Vorflutschleuse an die Kläranlage und die weitere Summe von 9000 Mark für maschinelle Einrichtungen und Verbesserungen der Kläranlage verwilligt.

Forberung erhöht und der Philippstädter den Krieg erklärt, so ist dem Autor zugleich gelungen, mit wenigen Bildern den sozialen Unterbau zu zeichnen, auf dem diese über bürgerliche Stilistik und Herkommen erhabene Lebensführung der Chansoneure erwachsen ist. Es ist hier nicht alles eitel Spiel und Ländlelei wie in den ersten Stücken, sondern zugleich recht bitterer Ernst. Mit der Darstellung war es wie mit den Stücken. Das Spiel der beiden Hauptspieler gewann mit jedem Stück. Für die lebenswürdige Albertheit der jungen Chansone in den ersten Stücken war Frau Niechers viel zu schwer. Die Blanka in der Episoden stellte sie fast und frisch dar. Über ungemeinlich war sie im dritten Stück als das böse Teufelswesen Rita Nevera, dem die schwere Schule des Lebens leidet Mut gegeben hat, der Philippstädter zu trotzen. Da erschien sie auf der Bühne wie das Leben selbst, sprühend vor Wib, sicher in der gewonnenen Kraft, übermäßig im Geist der Übermacht über das Philippstädter. Herr Waldemar spielte im ersten Stück mit seiner

Stötterig. Morgen Dienstag abend findet eine öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt, auf die hiermit alle Einwohner, die sich für die Gemeindeangelegenheiten interessieren, aufmerksam gemacht werden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Juni.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Bäcker. Der von der Lohnkommission der Bäckergesellen den Meistern zur Unterschrift vorgelegte Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Ich Unterzeichneter verpflichte mich hierdurch, von Dienstag den 28. Juni in meinem Betriebe folgendes Arbeitsverhältnis einzuführen:

1. Wohnung und Verköstigung wird den Gesellen nicht mehr von mir gestellt.

2. Als Entschädigung hierfür zahle ich einen Lohnsatz von wöchentlich 18, 21, 24 Mark; wo jetzt 14 Mark und mehr geahnt werden, muss der Lohn um 11 Mark erhöht werden. Unter 18 Mark darf nicht gezahlt werden. Für Ausflugsarbeiten von weniger als einer Woche Dauer zahle ich pro Tag 4 Mark.

3. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit inklusive 1 Stunde Pause bestehen. Die nach dem Gesetz vom 4. März 1898 erlaubten Überstunden bezahle ich mit 50 Pf. pro Mann und Stunde.

4. An den drei Festen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, wird vom 1. Feiertag früh 8 Uhr bis zum 2. abends 10 Uhr in meinem Betriebe nicht gearbeitet.

5. strenge Einhaltung der Sonntagspause.

6. Bei Bedarf von Arbeitskräften verpflichte ich mich, dieselben aus vom Arbeitsnachweis der Bäcker zu beziehen, welcher von 1 Person verwaltet und von 3 Gesellen und 3 Meistern kontrolliert wird. (Sämtliche Personen müssen in öffentlichen Bäckerversammlungen gewählt sein.)

7. Im Versicherungswesen steht es jeder Person in meinem Betrieb frei, sich in einer Hinterklasse oder in einer Innungskasse zu versichern.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass morgen, Dienstag, nachmittags 4 Uhr in der Flora eine öffentliche Bäckerversammlung stattfindet, die über den eventuellen Eintritt in einen Streik beschließen wird. In dem verhandelten Circular wird die Beschlüsse ausgeschrieben, dass die Einladungen zur Versammlung wohl von den Arbeitgebern verschiedenlich nicht ausgeschmiedigt werden. Sorge deshalb ein jeder dafür, dass kein Bäckergeselle in der Versammlung fehle.

Folgende Schwindelsnachricht verbreitet das Leipziger Tageblatt:

Nach einer heute hier eingegangenen telegraphischen Mitteilung ist in Hamburg der Bedarf an Bäckergesellen vollständig gedeckt, so dass der Bäckerstreik dort gegenstandslos geworben ist.

An dieser Nachricht ist kein wahres Wort. Es wird in Hamburg bereits in 121 Bäckerwerkstätten zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Der Tageblattschwindel ist natürlich daran berechnet, die hiesigen Bäckergesellen von der beabsichtigten Lohnbewegung abzuschrecken. Näheres siehe unter Soziale Rundschau.

Das Leipziger Tageblatt denunziert die sächsische Arbeiterzeitung wegen "vorsteckter Drohung mit der Revolution". Man muss dem Blatte nach dem Wahlausfall in Sachsen und besonders in Dresden etwas zu gute halten. Nicht späthhaft ist es auch, dass sich das polternde Blatt darüber ärgert, dass unsere Dresdener Genossen am Stichwahltag nicht nur ein "eigenes Special-Telegraphenbüro" eingerichtet, sondern auch die Bekündigung der Wahlergebnisse "bei Musik und Becherklang" entgegengenommen haben. Das sei eine lehrreiche Illustration zu der "Pein der Armen". — Unser urfrichtige Peileid, liebwertes Tageblatt!

Der Vorstand des Vereins der Cigarrenhändler von Leipzig und Umgegend veröffentlicht im Leipziger Tageblatt folgende Erklärung:

Mitteilungen, welche den Mitgliedern des Vereins der Cigarrenhändler von Leipzig und Umgegend in den Vereinsversammlungen gemacht wurden und nur für diese bestimmt waren, sind bei den eben stattgesunden Wahlen von seitens der Sozialdemokraten zur Agitation benutzt und in ihrem Sinne ausgenutzt worden.

Wir bedauern dieses Vorkommen außerordentlich und erklären hiermit, dass eine Verwertung rein interner Angelegenheiten zu politischen Zwecken den Interessen und den Bestimmungen unseres Fach-Vereins durchaus zuwidrig und niemals auch nur im entferntesten Sinne von uns beabsichtigt war.

Wenn das ein Trost für Herrn Hasse sein sollte, so dürfte dieser ausrufen: O schützt mich vor meinen Freunden! Denn die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Behauptungen wird hier indirekt bestätigt, und das hat Herrn Hasse gerade noch gefehlt. Auch wird nun wohl Herr Hasse nach dem sozialdemokratischen Gewährsmann weiter suchen müssen.

Für preußische Eisenbahnamte. Im Einverständnis mit dem Finanzminister hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, dass in Zukunft die Entscheidung darüber, ob für die Vermessung der Begriffe der Hinterbliebenen verunglückter Beamten das Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte infolge von Verkehrsunfällen, vom 18. Juli 1887 oder das Gesetz, welche die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, vom 20. Mai 1882, 1. Juni 1897, in Anwendung kommen soll, danach getroffen wird, ob zur Zeit der Hälfte der einzelnen Leistungen die Berechnung nach dem einen oder dem anderen Gesetz ein für die Hinterbliebenen günstigeres Ergebnis liefert. Das Gesetz, das jeweils die höheren Beträge ergibt, ist gemäß § 7 Absatz 2 des Unfallfürsorgegesetzes in Anwendung zu bringen, wobei davon festzuhalten bleibt, dass der Gesamtbetrag der Witwen- und Waisrente gegenübergestellt ist dem Gesamtbetrag des Witwen- und Waisengeldes. Die Nachrechnungen, auf Grund der die Zahlungsanweisungen erfolgen, sind im Falle des Vorhandenseins mehrerer Berechtigter so aufzustellen, dass die Bezüge von vornherein auch für die einzelnen Fälle des Ausscheidens der Kinder infolge Vollendung des 18. Lebensjahrs berechnet und festgesetzt werden, damit es einer neuen Festsetzung nur bedarf, wenn außerweite Ausnahmeweise vor kommende Veränderungen eintreten. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Festsetzung derjenigen Hinterbliebenenbezüge Anwendung, die vom 1. Juli d. J. ab zur Zahlung gelangen.

Der Verband sächsischer Konsumvereine hält am 16. und 17. Juli d. J. seinen 80. ordentlichen Verbandsitag in Meißen ab. Außer den intern geschäftlichen Angelegenheiten kommen zur Verhandlung: Bericht über den Genossenschaftstag in Löbau; Warenuntersuchungen bei den Verbänden; die Pfändbarkeit der Geschäftsguthaben und Dividenden; die Bedeutung und Leistung der Organisation; die Lagerhalterkontrolle durch Waren- und Marken-Inventuren; die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat bei Amtstellung der Lagerhalter und Kontrolle derselben.

Antwort des Konsumvereins Vorwärts-Dresden: Stellungnahme zu der am 20. März d. J. in Dresden beschlossenen Resolution betreffs Regulierung der Lagerhalterfrage; Antwort des Konsumvereins Vorwärts-Dresden: Verkauf von Margarine in getrennten Räumen betreffend; die Stellung der Angestellten der Genossenschaften nach dem Handelsgefeßbuch, Gewerbeordnung und Versicherungsgesetzen; die Umschläfer und Konsumvereine; die Hinterklasse und Innungsklassen; Wahl der Deputirten zur Versammlung des Genossenschaftstages in Neustadt a. S.

der am Abend stattgefundenen Vorversammlung wurde die Tagesordnung für die morgen früh beginnende Hauptversammlung festgesetzt. Die Verhandlungen sollen diesmal vollständig öffentlich sein, was voriges Jahr nicht der Fall war. Anwesend sind 220 Delegierte.

Grimmischau. 26. Juni. In einer der letzten Stadtverordnetensitzungen sagte der Vizevorsteher des Kollegiums aus Anlass eines bestimmten Falles: "Heute sieht man deutlich, wie wenig die Abschlüsse geachtet werden, und wie sehr man die Pflicht hat, darauf zu achten, dass man bei Aufführung neuer Bestimmungen dem Rate nicht immer neue Rechte in die Hand giebt." Darauf ist dem Herrn Vizevorsteher in der Sitzung des Kollegiums vom 8. Juni eine öffentliche Bureauleitung durch den Rat der Stadt zu teilen geworden. Diese veranlasste den Betroffenen nun, in der Sitzung des Kollegiums am Donnerstag abend in längerer Ausführung dagegen Stellung zu nehmen. Er verwarf sich dagegen, dass er dem Rate irgendwie habe zu nahe treten wollen; die öffentliche Bureauleitung aber könne er nicht ruhig auf sich sitzen lassen, er habe sich deshalb genötigt gesehen, gegen das Vorgehen des Stadtrates bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde zu führen.

g. Zwischenau. 26. Juni. Die Humanität der Bewaltung des Erzgebirgischen Steinholzen-Akkordvereins hat sich bei den Masseregulierungen nach Beendigung des Streits darin im schönsten Lichte gezeigt, dass auch Arbeiter mit entlassen worden sind, die sich bei der Arbeit mehrfach kochen brüche. Lehrlinge z. B. angezogen haben und in absehbarer Zeit vielleicht hätten invalidisiert werden müssen. Ein Mitglied der Lohnkommission hat dem Werke seine Kräfte 32 Jahre geopfert, es erlebt jetzt den Dank in Gestalt seiner Entlassung. Ein Teil der Gemahnenregelten wollen das Königl. Bergamt um Vermittelung annehmen, jüngst, dass es diesem möglicherweise gelingt, die Masseregulierungen rückgängig zu machen. Auch sollen die Behörden um Erlaubnis zum Sammeln für die Familien der Entlassenen angegangen werden. Der möglichste Vorstoß gegen die Werke hat aber vielen die Augen geöffnet, denn Anmeldungen zum Verband der Deutschen Berg- und Hüttarbeiter erfolgen in jeder Versammlung sehr zahlreich.

Infolge Aushebung des Bergarbeiteranstandes sind die Tendenzen unserer Börsen und die Kurse der Kohlenwerksaktien gestiegen. Der Betrieb ist auf allen Werken wieder voll aufgenommen.

Trichinenbeschauer Gerber in Planitz wurde verhaftet. Die Verhaftung hängt vermutlich zusammen mit der Massenentzündung an Trichinosis in Planitz und einem Todessfalle infolge Trichinosis.

Das hiesige Gymnasium feiert am 27. und 28. Juni das 350-jährige Jubiläum des Besuches seines heiligen Heims.

Johanneumsgenstadt. 26. Juni. Dem Genossen Werner in Breitenbrunn wurde von der Kreishauptmannschaft mitgeteilt, dass ihm als Gemeinderatsmitglied die Ausübung der Polizeiaufsicht verboten worden ist, weil er als sozialistischer Agitator thätig gewesen sei.

Plauen. 26. Juni. Die hiesige Handels- und Gewerbeammer hat beschlossen, bei der sächsischen Regierung darum nachzufragen, dass die Grenzsperrre für die Einfuhr von Schlachtwicht aus feindlichen Gegenden aufgehoben wird. Es wurde ferner beschlossen, eine von Mühlensiedlern an die Generalsdirektion der sächsischen Staatsseisenbahnen gerichtete Petition um Frachtermäßigung nach außerstädtischen Dörfern, vor allem nach Bayern, bzw. um Aufhebung der Ausnahmetarife, zu befürworten.

Alte Mitteilungen aus dem Lande. Der Rat der Stadt Chemnitz hat den Beschluss gefasst, einen botanischen Centralgarten anzulegen, wie solche bereits in Leipzig, Breslau, Berlin, Köln und Hannover bestehen. In ihm sollen die für den Unterricht in sämtlichen Schulen der Stadt erforderlichen Pflanzen gemeinsam gezogen werden. Außerdem wird er zur Betreuung des botanischen Unterrichts in der Natur selbst dienen. Die Herstellung des Gartens soll, um eine einmalig zu starke Belastung des Schulbudgets zu vermeiden, auf 8 Jahre verteilt werden. Die Einrichtungskosten belaufen sich auf etwa 7000 Mk. Die Anlage umfasst eine Fläche von 17 884 Quadratmeter. — Die Lehrerinnen Sachsen halten am 2. und 3. Juli in Chemnitz zwecks Gründung einer Vereinigung zur Wahrung der Berufsinteressen eine Zusammenkunft ab. Der Allgemeine Sächsische Lehrerverein (eine Abteilung des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins) billigt das Vorhaben der Lehrerinnen nicht, weil diese im Rahmen des schon bestehenden Vereines nach seiner Ansicht alle die Zwecke verfolgen können, die sie für den geplanten Verein in Aussicht genommen haben. — Die städtischen Kollegen in Eilenstock beschlossen, ein Darlehen von 30 000 Mark zum Bau der Industrieschule bei der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen aufzunehmen.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Burzen. 24. Juni. Im Februar hatte Genosse Wacker bei der Firma Litsche u. Seidel mehrere Hunderte Bandzettel bestellt, auf denen Mr. Wacker als Verleger und G. Heinrich als Drucker bezeichnet wurde. Da Genosse Heinrich bereits früher sein Unterschlag gegeben, bei schnell herzustellenden Drucksachen seine Firma zu benutzen und da dies im Buchdruckeregewerbe ein nicht seltenes Vorkommen ist und als etwas Gezwungenes nicht angesehen wurde, führte genannte Firma diesen Auftrag auch aus. Auf Grund der Denunziation eines Schriftsatzes beantragte die Staatsanwaltschaft gegen die Angeschuldigten, Buchdruckereibesitzer Hermann Litsche und Cigarrenhändler Max Wacker, das Hauptverfahren zu eröffnen und die Verhandlung und Entscheidung der Sache auf Grund von § 75 Biffer 14 des G.B.G. dem Schöffengericht zu Burzen zu überweisen. In der am Donnerstag den 28. Juni stattgefundenen Schöffenentscheidung wurde Litsche wegen Vergnügens gegen die §§ 6 und 18, 2 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 und Genosse Wacker wegen Aufstiftung ein jeder zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

In einer am Freitag den 24. Juni abends 10 Uhr in Stadt Wien stattfindenden öffentlichen Wahlvereinsversammlung, die sehr gut besucht war, sprach Genosse Richard Lipinski über: Das Ergebnis und die Bedeutung der Reichstagswahl. Redner erntete für seine Ausführungen allzeitigen Beifall. In der schiefen Diskussion wurde von mehreren Nebnern nachgewiesen, in welcher Weise eigentlich konservative Wahlen gemacht werden. Es wurde dann noch zu neuer Agitation, hauptsächlich für die Presse und den Wahlverein aufgerufen, worauf die Versammlung ihr Ende fand.

Gerichtssaal.

g. aus Elsach-Lothringen. 24. Juni. Ein Urteil wurde gestern von dem Schwurgericht zu Colmar gefällt. Angeklagt war der 88jährige Schmiedemeister Anton Wiedemann zu Bollwiller, der am 15. Mai seine Schwiegertochter im Streit getötet und durch brennende Holzfässchen schrecklich verbrannt hatte. Die Getötete war eine Person von altersschlechtestem Alte. Sie verjubelte den Verdienst des fleißigen Meisters und veranlaßte sogar dessen Frau, anderen Männer Stelldeiche zu gewähren und das

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Sie kennen einander, die Konservativen und die Reformen. Der Gesamtvorstand des Konservativen Vereins zu Dresden erlässt in den Dresdener Nachrichten folgende vom 25. Juni datierte Erklärung, gezeichnet Dr. Mohnert, gegen eine Erklärung des Wahlausschusses reichstreuer Wähler für die Kandidatur Weldenbach, in der er die in der Presse (gemeint sind namentlich die Dresdener Nachrichten) auf die deutsch-sozialistische Reformpartei und deren Führer gemachten

Angriffe mißbilligt. Darauf heißt es:

Wegen der Höhe des Kampfes scharfe Ausdrücke insbesondere gegen die Reformpartei gefallen sind, so ist dies wohl begreiflich angesichts der mobilen Angriffe, die von jener Seite gegen unsere Partei sich richteten. Während in der reformistischen Presse Sachsen beständig die Konservativen der niedrigsten Streberei und Heuchelei beschuldigt wurden, ist die Reformpartei in diesem Wahlkampf anderwärts bei Belästigung gerade der Führer der konservativen Partei sogar so weit gegangen, in Flugblättern die Angehörigen unserer Partei zu bezeichnen als ein Corps charakterloser politischer Kunuchen, als eine Gesellschaft willensloser Hofsoldaten, die in häbischer Kriecherei das Vertrauen des Volkes schändlich mißbrauchen!

Wir erwähnen diese Verhebungen nicht, um von neuem Erbitterung und Gegenseite wachzurufen — wir bebauen sogar, auf jede Auslastung zurückzukommen zu müssen, sind aber hierzu verpflichtet, um ungerechtfertigte Vorwürfe, die von jener Seite gegen unsere Presse erhoben werden, abzuwehren.

o. Löbtau. 26. Juni. Heute trat hier die Jahresversammlung von Betriebsräten sächsischer Großunternehmen zusammen. In

dafür erhaltenen Geld in guten Weinen zu ausgeben zu lassen. Wiedemann dagegen wurde von der Alliierten in der rohesten Weise behandelt, bekam nichts Rechtes zu essen und lebte in fortwährender Angst vor Vergiftungsversuchen. Am 15. Mai kam er abends 10 Uhr nach Hause und traf die Schwiegermutter in der Küche, um Heide beschäftigt, an. Sie empfing ihn sofort mit den rohesten Bekleidungen und drohte ihm, ihn aus dem Hause werfen zu lassen. In der Erregung gab ihr Wiedemann einen Faustschlag gegen den Kopf, worauf die Betroffene lautlos auseinanderfuhrte. Als der Schwiegersohn sich überzeugt hatte, daß sie tot war, zog er einige lichterloh brennende Holzstücke aus dem Herde, legte sie ihr auf die Kleider und versuchte das Haus. Um Mitternacht kehrte er mit seiner Frau, die unterdessen auf einem Tanzboden gewesen, nach Hause zurück und fand dort den verlorenen Leichnam der Geliebten. Darauf begab sich Wiedemann selbst zur Polizei, um dort Anzeige von dem Vorfallenen zu erstatten. Die gestrige Verhandlung nahm infolge einer unerwarteten Wendung, als die Geschworenen sämtliche Schuldzüge verneinten, worauf der Gerichtshof auf Freispruch des Angeklagten erkannte.

Landgericht.

Leipzig, 27. Juni.

Das leitende Komitee des letzten Maurerstreiks vor Gericht. Am 27. September v. J. wurden von der 2. Strafkammer die Leiter des letzten Maurerstreiks, Maurer Friedrich Wilhelm Berthold, Friedrich Gustav Jacob und Hyronymus Drath, weil sie nicht verhindert hatten, daß am 16. August der nichtstreikende Maurer Lehmann im Vorzimmer des Streikbüros geschlagen worden, zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Berthold wurde zu weiteren drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 9. August den Maurer Kramer aus Halle auf der Galerie des Pantheons geschlagen haben soll. Soweit die Verurteilung wegen der Verleihung Lehmanns in Frage kam, hob das Reichsgericht das Urteil des Landgerichts auf und erkannte an, daß eine Rechtspflicht für die drei nicht bestand, die Verleihung R.S. zu hindern. Die Revision Bertholds wurde aber vom Reichsgericht verworfen. Auf Betreiben seines Verteidigers, Rechtsanwalt Mieses, wurde im Bertholdischen Falle das Verfahren wieder aufgenommen. Es wurde deshalb heute vor der 2. Strafkammer die ganze Verhandlung des 27. Septembers wiederholt.

Während des vorjährigen Maurerstreiks hatte das Streikkomitee sein Bureau im Pantheon, Dresdener Straße, aufgeschlagen. Das eigentliche Bureau befand sich in zwei auf der Galerie gelegenen Zimmern. Das erste, der Treppe zunächst gelegene Zimmer wurde nach der Galerie zu verschlossen gehalten und war der Eingang nur durch das zweite daran stehende Zimmer möglich. In dem ersterwähnten Zimmer befand sich das eigentliche Streikbüro, während in dem Vorzimmer die Kontrollen der Streikenden vorgenommen wurde. Die Kontrollen wurde täglich vorgenommen und war infolgedessen der Verkehr im Streikkomitee ein sehr lebhafter.

Nach Abschluß des Kriminaloberwachmeisters Förstenberg war die Erregung der Bevölkerung gegen die Nichtstreikenden eine große. Die Polizei habe zum Schutz der Nichtstreikenden am 2. Juli eine Belästigung erlassen (den bekannten polizeilichen Streikbefehl) und habe eine Bahnhofs- und durch die dienstfreien Schule auch eine Neubaukontrolle eingerichtet. In jeder Streikverhandlung wurde zur schärferen Kontrolle der Streikenden aufgefordert. Ausschreitungen seien viele dem Polizeiamt gemeldet worden und seien über 100 Personen in Strafe genommen worden. Auf Veranlassung der Krankenkasse ist Kramer am 6. September nach dem Polizeiamt bestellt worden und dort ist die Misshandlung Kramers im Pantheon zur Sprache und Anzeige gekommen. Berthold, der mit Kramer konfrontiert wurde, habe schon damals auf das entzündende Bestritten, daß er R.S. geschlagen habe.

Nach der Zeugenaussage ist der Vorgang folgender gewesen: Kramer ist am Vormittag des 9. August mit anderen Hälleschen Mauern nach dem Streikbüro gefahren. Kurz darauf kam Berthold nach dem Streikbüro und wurde ihm im Vorzimmer gesagt, daß Hällesche Mauern da seien. Berthold sah sich die Leute an und meinte zu Kramer: "Du hast schon einmal Reiseunterstützung erhalten; Du weißt, daß wir im Streik liegen. Du kannst arbeiten, Du machst uns keine Konkurrenz." Während des Gesprächs hat R.S. am Rock angefaßt, wie es seine Gewohnheit, wenn er mit jemand spricht. Zu den Hälleschen Mauern hat R.S. dann gesagt: "Seht Euch Euren Kollegen an, der hat schon einmal Reisegeld erhalten!" Berthold ging dann in das Streikbüro hinein, während Kramer, von Hälleschen Mauern gesetzt, nach der Galerie ging. Hier ist Kramer dann dafür geschlagen und die Treppe hinunter gestoßen worden, daß er den Hälleschen Mauern mitgeteilt hatte, daß der Streik in Leipzig beendet sei.

Die Anzeige ist, wie schon bemerkte, erst am 6. September erfolgt. Früher ist R.S. schon einmal auf dem Polizeiamt gewesen, doch hat er niemand zur Aufnahme der Anzeige aufgetragen. Berthold führt die Anschuldigung R.S. gegen ihn auf einen Nachhalt zurück, weil er R.S. die Zahlung einer zweiten Reiseunterstützung verweigert hat.

Berthold ist nicht auf der Galerie gewesen, wo R.S. geschlagen worden ist, hat also an der Misshandlung R.S. nicht teilgenommen. Ein gewisser Emmerich aus Halle hat sich später gerührt, Kramer ordentlich eins ausgeworfen zu haben.

Die Verhandlung dauert bei Schluss des Blattes fort.

Von Nah und Fern.

Nebensatze.

Berlin, 27. Juni. Einem blutigen Überfall ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der 36 Jahre alte Bauwächter Ahlert auf dem Neubau Spittelmarkt 4—7 zum Opfer gefallen. Dem Anschein nach handelt es sich um ein Rencontre mit Pennbrüdern, die auf dem Neubau nächtigen wollten. Ahlert duldet die Pennbrüder nicht auf dem Grundstück, entfernte sie aber stets in Güte, wie er denn nicht einmal einen Hund besaß. Während nun Ahlert sonst jeden Morgen pünktlich um 7 Uhr nach Hause kam, blieb er gestern, Sonntag, aus. Um 8 Uhr machte sich seine Frau, von bangen Ahnungen gequält, auf den Weg zum Spittelmarkt. Hier fand sie ihren Mann in der Baubude auf einer Bank liegen. Eine starke Blutspur führte von hier durch den Mittelgang bis zu einem Sandhausen, an dem sie in einer großen Laube endete. Ahlert blutete noch aus mehreren Kopfschlägen. Seine Frau benachrichtigte die Polizei, ein Schuhmann holte einen Arzt und dieser ließ den Schwerverwundeten nach der Unfallstelle in der Brüderstraße bringen. Von hier wurde er später einem Krankenhaus zugewiesen. Der Verletzte konnte nur soviel angeben, daß er bei einem Rundgang gegen 12 Uhr nachts von zwei oder drei Männern überfallen und mit dem Messer bearbeitet worden sei. Er hat mehrere Stiche in den Hinterkopf und auch in das Gesicht bekommen. Erst um 6 Uhr hat ihn ein Pennbruder, der unter dem Spitznamen Kraus bekannt ist, auf dem Sandhausen gefunden,

in die Baubude getragen und auf die Bank gelegt, ohne der Polizei Anzeige zu machen. Auf einen Raub ist es bei dem Überfall nicht abgesehen gewesen, denn von dem Wochenlohn, den Ahlert in der Tasche hatte, war ihm nichts genommen.

Ein Sittlichkeitsverbrechen, das am Sonnabend in Teltow begangen wurde, hat, nach der Welt am Montag, die dortige Einwohnerchaft in grohe Aufregung versetzt. Zu dem erst einige Jahre in zweiter Ehe verheirateten Gärtner G. waren zwei Kinder, ein Knabe von 10 und ein Mädchen von 8 Jahren, im Austrage ihrer Eltern gekommen, um Blumen zu kaufen. G., der bereits eine Buchausstrafe von 2½ Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens verbüßt hat, lockte die Kinder nach einem abgelegenen Teil seines Gartens und hat dort beide in unmenschlicher Weise vergewaltigt. Der Thater hat sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen gewußt.

Brände.

Eben a. d. Mahr., 26. Juni. Heute früh ist das Mälzerzelgebäude der hiesigen Altkleiderbrauerei mit sämtlichen Mälz- und Hopfenvorräten niedergebrannt.

Eine Feuerbrunst äscherte in Nischin-Nowgorod im Stadtviertel jenseits des Kamassusses hundert Häuser ein. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Die Stadt Bohatjrow ist durch einen furchtbaren Brand heimgesucht worden. Mehrere Hundert Wohnhäuser und zwei Kirchen sind eingegangen, 10 Personen fanden in den Flammen um und viele andere erlitten schwere Brandwunden.

Selbstmord.

Karlshafen i. B., 25. Juni. Der Premierleutnant Knoll vom Rostatter Regiment 111, der während des vorjährigen Manövers im hiesigen Hotel Karpfen einen Selbstmordanschlag beklam und gefestigt ins Lazaret gebracht werden mußte, erschoß sich in der Wohnung seines Vaters, eines pensionierten Majors in Baden-Baden.

Unfall.

Mergentheim, 26. Juni. Auf der Durchfahrt des Kriegervereins Amrichshausen zu dem heutigen Kriegerfest in Altkrautheim fiel in Übergrasbach ein Wagen der Gesellschaft um, wobei ein Mann getötet wurde.

Ein Hauptmann als Raubmörder.

Aopenhagen, 24. Juni. Der Hauptmann v. Beck wurde in letzter Instanz wegen Raubmordversuchs zu zehn Jahren Buchthal verurteilt.

Vermischtes.

— Ein neuer Komet ist am 12. Juni von Goddington auf der Vick-Sternwarte in Kalifornien mit Hilfe der Photographie aufgefunden worden. Er stand am Himmel im Sternbild des Skorpions nordöstlich von dem hellen Stern Alpha und bewegte sich gegen Südwest. Er ist bereits in Kiel, Hamburg und Paris aufgesucht und beobachtet worden und zeigt sich dort als sehr Lichtschwache und kleine Nebelhülle mit verschwommenem Kern.

Der Encke'sche Komet, dessen Wiederkehr für dieses Jahr erwartet und vorausberechnet war, ist am 12. Juni in Windorf (Australien) aufgefunden worden. Auch er ist dem bloßen Auge nicht sichtbar.

— Neue Ansichtspostarten. Der Konfessionär berichtet: "In kurzem werden Ansichtspostarten in den Handel kommen, die auf direkten Wunsch unseres Kaisers hergestellt worden sind. Diese hat eine Reihe von sechs Aquarellblättern, die die Saalburg in ihrer zukünftigen Gestalt darstellen, von Prof. Emil Döpler ausführen lassen, die ihm vor einigen Tagen überreicht wurden. Der Kaiser hat bei dieser Gelegenheit den Wunsch ausgesprochen, daß sie in Form von Ansichtspostarten dem großen Publikum zugänglich gemacht werden mögen, welchem Wunsche natürlich entsprochen werden wird."

— Ein altrömisches Militärspital ist neuerdings in Baden (Schw.) entdeckt worden. Schon früher hat man im Argau, eine halbe Stunde mit der Eisenbahn von Zürich, gelegenlich im Erdoden Reste aus römischer Zeit gefunden. In der großen helvetischen Landesfestung Vindonissa (dem heutigen Windisch) trafen sich die beiden großen Römerstraßen, die eine, die über den großen St. Bernhard an den Genfer See, über Aventicum und Vindonissa zu den seilen römischen Stationen rheinabwärts führte, und die andre, die aus Italien, Rhätien, dem Bodensee, über Winterthur, Baden nach Vindonissa kam. Vindonissa war der südlichste Lagerplatz der 7 bis 8 Legionen zum Schutz gegen die Germanen. In einem Grundstück dicht neben der römischen Landstraße haben nun, wie Professor Dr. Alois Berlin in der Deutschen Zeitschrift für Chirurgie mitteilt, Notar Meyer und Ständerat Kellersberger durch Ausgrabungen ein römisches Militärspital aufgedeckt.

In seinen 14 Zimmern fanden sie zahllose medizinische und pharmaceutische Geräte, zwei meterhohe Krüge (Ampullen), über hundert Stück Sonden, Bangen, Löffelchen aus Stein, Messer, Röhren, kleine Bronzefässchen mit Aufschrift für ganze und halbe Pulver, Silberlöffel, Salbenküsse, Brennkolben, Thonhalben mit Henkel und Ausgußrinnen, Spiegel aus versilberten Kupferplatten, ein kleines Bronzegefäß mit Resten einer Bleialtse, wie die chemische Untersuchung ergab. Daneben waren auffallend viele Sachen aus Glas, zum Teil von seiner Ausführung vertreten, zahlreiche Fibeln nach Art der Sicherheitsnadeln, Kupfermünzen aus der Zeit von Claudius, Nero und Domitian, sowie Silbermünzen mit dem Bild von Vespasian und Hadrian.

— Ferdinand Cohn †. In Breslau ist der Professor der Botanik an der dortigen Universität, Ferdinand Julius Cohn, gestorben. Er wurde am 24. Januar 1828 in Breslau geboren, studierte dort und in Berlin, habilitierte sich 1850 an der Breslauer Universität, wurde 1859 außerordentlicher, 1871 ordentlicher Professor. Seit 1866 war Cohn Direktor des von ihm begründeten physiologischen Instituts. Seine Untersuchungen erstreckten sich namentlich auf die niederen Algen und Pilze. In letzter Zeit beschäftigte er sich hauptsächlich mit der Biologie der Bakterien. Von populären Arbeiten sind von ihm zu nennen: Die Menschheit und die Pflanzenwelt, Der Haushalt der Pflanzen, Die Pflanze.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 27. Juni. Die Times wollen wissen, daß das aktive Kanalgeschwader mit dem Teeservegeschwader um die Mitte des Juli sich vereinigen wird, um einige Übungsmänter mit Torpedobooten vorzunehmen.

Wie die Times aus Tokio melden, hat der Ministerpräsident Marquis Ito seine Entlassung eingereicht. Er rät dem Kaiser, im Prinzip ein Parteikabinett anzunehmen. Zugestanden widerstet sich eine starke politische Partei, deren Haupt Marquis Yamagata ist, der Bildung eines Parteikabinetts und schlägt die Ernennung Yamagatas als Präsidenten des zu bildenden Kabinetts vor. Der Kaiser wird voraussichtlich den Rat Itos annehmen.

Dasselbe Blatt berichtet aus Shanghai von gestern: Russische Ingenieure beschäftigen sich mit „topographischen Arbeiten“ in der Umgegend von Niutschwang im Hinblick auf die Errichtung einer Eisenbahn, die dem Transporte von Material zur Errichtung der Hauptlinie von Taliwan nach Kyrin dienen wird.

Tromsö, 27. Juni. Der englische Polarfahrer Wellmann, der auf einer Nordpolexpedition begriffen ist, hat heute den hiesigen Hafen verlassen.

Paris, 27. Juni. Die hiesige Ausgabe des New York Herald meldet aus Washington, die amerikanische Regierung habe be-

schlossen, ein Geschwader unter Konteradmiral Schley an die Küste Spaniens zu entsenden, um die spanischen Häfen zu beschießen. Darauf werde es die Verfolgung Camaras aufnehmen.

Dem Rappel zufolge wird heute nachmittag bei Brüssel eine Konferenz abgehalten, in der die Affäre Dreyfus erörtert werden soll. Cavagnac soll sich endgültig bereit erklärt haben, daß Kriegsministerium alle Verantwortung übernehmen und über seine Haltung in der Dreyfusfrage Aufschluß geben zu wollen.

Aurore, aus den Erklärungen Dupuis geht hervor, daß das Protokoll Lebrun-Renaults erst hinterdrein fertiggestellt worden ist. Sidcle behauptet, Casimir Périer habe Senatoren und Deputierten erzählt, Lebrun-Renault habe ihm erklärt, er habe keinerlei Geständnis von Dreyfus entgegengenommen.

Briefkasten der Redaktion.

O. H. Gohlis. Das läßt sich nicht mit einer einfachen Ziffer angeben. Die Berechnung ist eine sehr komplizierte, über die wir übrigens im Vorjahr einen längeren Artikel veröffentlicht haben. Als Grundlage der Honorarbemessung der Kassenärztlichen Dienste von 75 Pfsg. für eine Konsultation und von 1 Mark für einen Besuch im Wohnorte und bis zu 1 Kilometer Entfernung. Diese Säge werden aber nicht voll ausbezahlt, sondern erledigen Abzüge und zwar in einem stets wechselnden, sich nach der Zahl der ärztlichen Leistungen und der zur Verfügung stehenden Kaufkraft richtenden Verhältnis. Die Kaufkraft des Arzthonorars ergibt sich durch die Multiplikation des Bruttos von 4,20 Mark mit der Zahl der Mitglieder der Ortskassenkasse. Der Prozentteil der von der Kaufkraft gebotenen ärztlichen Honorarforderungen bewege sich in den Jahren 1887—1896 zwischen 45 und 60 Prozent. — Wenn Sie hierauf nicht klug werden, so kommen Sie Donnerstag oder Sonnabend in unsere Sprechstunde.

G. O. Guthra. Geben Sie uns die Namen der betr. Wähler an, damit das Wahlkomitee mit Ihnen in Verkehr treten kann.

G. G. R. Die Angelegenheit ist auf verschiedenen Parteilisten besprochen und auch in den Protokollen erwähnt worden. Es steht oft Behauptung gegen Behauptung, eine zusammenfassende Darstellung ist äußerst schwierig.

G. A. B. Wied an die Lohnkommission der Maurer abgegeben.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. G. 23. Der Vater kann bei Gericht nach dem 6. Lebensjahr des Kindes beantragen, daß ihm die Erziehung des Kindes überlassen wird, wenn er nachweist, daß er dazu besser im Stande ist, als die Mutter. Wird der Antrag abgelehnt, so hat er bis zum vollendeten 14. Lebensjahr Unterhaltsleistungen zu bezahlen.

S. Lindenau. Das kommt auf die Umstände an. Es kann auch event. durch Heirat erledigt werden. Was soll überhaupt "angemessen" heißen?

D. R. Sch. Bach-Str. Sie brauchen sich auf die Steigerung überhaupt nicht einzulassen. Gefündigt kann Ihnen erst für Ostern nächsten Jahres werden.

H. W. Wenn nichts anderes vereinbart ist, gilt bei wöchentlicher Mietzahlung auch wöchentliche Kündigung.

R. C. Großjochser. Im Schulgebet steht von einer solchen Berechnung nichts.

E. B. Schlechig. So lange Ihnen nicht vom Gericht oder Rechtsanwalt eine solche Mitteilung gemacht wird, können Ihnen keine Unannehmlichkeiten entstehen. Erhält eine solche Mitteilung, so wird darin auch angegeben, an wen Sie den Weizgros abschaffen sollen. Sie können übrigens das Geld auch beim Amtsgericht zu jedermann Recht deponieren.

Z. Kann als Gewerbe angesehen werden, daß angemeldet werden muss. Wenn Sie einen Gewerbeschluß lösen, kann weder Verbote noch Bestrafung für die Zukunft erfolgen. Machen Sie uns Mitteilung, wie jetzt die Sache ausläuft.

Versammlungskalender.

Montag: Konsumverein Neuhöfen u. Umg. Samstag, Neuhöfen, Neuhöfenstr. Mönckstr. Abends 10 Uhr.

Dienstag: Maurer, Pantheon, Dresden, Str. Abends 8 Uhr.

Donnerstag und Sonntag: Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends 10 Uhr.

Küchenzelte der südlischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Johanniskirch): Linsen mit frischer Wurst.

Speiseanstalt II (Molenbalgasse): Kartoffelsüdchen mit Schüßlersfisch.

Theatervorstellungen.

Altes Theater.

Heute und morgen: Geschlossen.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend den 26. Juni 1898.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

| Weizen per 1000 kg netto | inländischer matt | 198—200 bez. Br. |
|--------------------------|------------------------|------------------|
| Roggen per 1000 kg netto | ausländischer biesiger | 200—216 bez. Br. |
| festgestigt | ostpreuß | |